

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112.

Montag, den 15. Mai 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein Heer von Verbrechern.

Die Beamten der Ortskrankenkassen sind es, denen diese Kennzeichnung gilt, und ein edler Graf und höherer Verwaltungsbeamter, der Graf Westarp gleichzeitig, der ihnen diese Beschimpfung ins Gesicht speit. Freilich war der edle Graf so tapfer, die Tribüne des deutschen Reichstags zu dieser Beschimpfung zu benutzen, von wo er bekanntlich nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann. Aber es ist auch wirklich nicht nötig, eine derartige Figur zur Rechenschaft zu ziehen. Ihr antwortet man, was einst ein Konventsmitglied zur Zeit der französischen Revolution auf gar zu schamlose Verleumdungen antwortete: Häufen Sie Ihre Verleumdungen bergauf, Sie werden niemals den Gipfel meiner Verachtung erreichen!

Den Vorwand für seine Beschimpfung holte sich der edle Graf aus einigen Anstellungsverträgen einer Krankenkasse, die die nur selbstverständliche Bestimmung enthielten, daß die Bestrafung eines Kassenangestellten wegen politischer Vergehen kein Grund zur Entlassung sein solle. Politische Vergehen und Verbrechen haben bisher noch nie als entehrend gegolten, was schon darin hervortritt, daß ihre wegen keine Auslieferung zwischen Kulturstaaten stattfindet, und durch nichts beschmutzte sich Bismarck mehr, als daß er, der doch selber ein grandioser politischer Verbrecher war, russische politische Flüchtlinge an die Schergen Wäterschens auslieferte. Graf Westarp will dagegen grundsätzlich eine politische als eine entehrende Strafe vorsehen, die dem Betroffenen den sofortigen Verlust seiner Anstellung eintragen soll. Er beweist damit nur die totale fittliche Verwilderung unserer herrschenden Klassen, bei denen der zügellose politische Haß jedes moralische Bedenken längst niedergemacht hat.

Bei diesen Kämpfen um die Reichsversicherungsordnung bewahrheitet sich nur das alte Gesetz: die Arbeiterklasse hat genau so viel Recht, wie sie Macht hat. Als die Ortskrankenkassen seinerzeit geschaffen wurden, ahnte man in den herrschenden Klassen nicht, daß sie den unterdrückten Schichten eine Schule der Selbstverwaltung und sozialen Aufstiegs werden könnten. Das hat Herr Delbrück offen eingestanden. Jetzt, wo es sich herausgestellt hat, daß die Ortskrankenkassen durch die Verwaltung der Arbeiterklasse sozialpolitische Betriebe hoher Leistungsfähigkeit geworden sind, deren promptes Arbeiten in den Massen ein hohes Vertrauen zu der Ehrlichkeit und Pünktlichkeit ihrer Angestellten weckte, was gleichzeitig nicht wenig zur Entwicklung des sozialen Selbstgefühls der unterdrückten Klasse beitrug, da erkannte man plötzlich in den Krankenkassen eine große Gefahr für die bestehende Ordnung. Die Ordnung wurde im Staate um so mehr bedroht, je mehr sie von den Arbeitern in den Klassen aufrechterhalten wurde, denn um so hoffnungsloser zerrann das Märchen von der „Unfähigkeit zur positiven Arbeit“, ohne das nun einmal die herrschenden Klassen im Kampfe gegen die klassenbewußte Arbeiterklasse nicht auskommen können. Nicht trotz, sondern gerade wegen der musterhaften Ordnung, die mit dem Einzug klassenbewußter Arbeiter in die Ortskrankenkassen kam, sucht man jetzt diese „gefährlichen Geübte“ zu zertümmern. Neben sie doch einen weithin leuchtenden Beweis für den sozialen Reifegrad des Proletariats, das man trotz dieser sozialen Reife mit allen Fesseln politischer und wirtschaftlicher Knechtung knebelt. Und nun geht man hin und zertümmert das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen.

Einen besseren Kommentar zu dem Gerede von dem allmählichen „Hineinwachsen in den Zukunftsstaat“ können wir uns nicht wünschen. Das „stufenweise Emporsteigen“ hat den Erfolg gezeitigt, daß jetzt der Leutnant und 10 Mann, das heißt Herr Bethmann und seine Handlanger als Hausdiener der herrschenden Klassen heraustreten und den unwillkommenen Eindringling die mühsam erklimmen „Stufen“ wieder hinunterzuwerfen drohen. So wird jeder Erfolg, den die Arbeiterklasse erringt, für die Reaktion nur ein Anlaß zu neuer Reaktion, wobei die sozialen Gegensätze sich immer schärfer zuspitzen und genau das Gegenteil dessen herauskommt, was man beim Beginn des „Hineinwachsendens“ erhofft hatte. Auf diese Art sorgen die herrschenden Klassen selber nachdrücklich dafür, daß sich nicht etwa Illusionen in den Köpfen der Arbeitermassen festsetzen. Immer und immer wieder bringen sie ihnen bei, daß innerhalb dieser Gesellschaftsordnung kein Heil für die unterdrückten Klassen zu erwarten ist, daß die Sozialgesetzgebung sofort ihren Wert für die herrschenden Klassen verliert, sobald sie aufhört, als Verblüdungsmittel der Massen zu wirken.

So weisen auch die Vorgänge im Reichstage mit Stammenchrift auf den Zusammenbruch dieses Systems, auf die soziale Revolution hin.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fortsetzung.

Am Sonnabend erhob sich der Trappistenblock intensiv von den Anstrengungen der beiden vorausgegangenen Tage. Wieder überließ er der Opposition das Reden und begnügte sich mit dem Niederstimmen. Eine Ausnahme machte der Konservative Arnstadt, der mit seiner halbherzigen Logik den Eindruck eines seiltanzenden Elefanten machte. Jeder Satz, den er sprach, fraß den vorausgegangenen auf und wurde vom folgenden aufgestossen. Einmal sagte er: die Sozialdemokraten wollen nur Arbeiterwahlen zu den Landkrankenkassen, um die Landarbeiter aufzuheben. Gleich darauf: die Landarbeiter wollen von den Sozialdemokraten nichts wissen. Erst sagte er: wir wollen die Landarbeiter nicht zu Menschen zweiter Klasse degradieren. Gleich folgte der Nachsatz: aber das Wahlrecht kann man ihnen nicht geben, weil sie keinen Gebrauch davon machen können. Und so mit Grazie weiter bis ins Unendliche. Genosse Hoch fuhr dem ungeadelten Junker tüchtig über den Mund der ungelerten Redensarten. Zentrum und Nationalliberale schwiegen sich, vielleicht in einer leisen Umwandlung politischen Schamgefühls über die skandalöse Entredung der Landarbeiter durch die skandalöse Landkrankenkassenverfassung aus und selbst die Antifemiten hatten nicht die Stirn, sich ausdrücklich zu diesem Schanddenkmal der Reaktion zu bekennen. Es muß gesagt werden, daß die Fortschrittler, Fegter und selbst Mugdan, und die Polen Kulerski und Korfauty, in dieser Frage sich brav und tapfer an unserer Seite hielten. Die Polen beschworen förmlich das Zentrum, nicht hunderttausende polnischer Arbeiter an Händen und Füßen gekettet dem Hakatismus der Herrschaft auszuliefern. Half alles nichts. Der taubstumme Block trampelte alle Abänderungsanträge nieder. Und so ging es weiter. Wie die Genossen Hoch, Lehmann-Wiesbaden, Molkenbührer vergebens für die Rechte der Landarbeiter eintraten, so bemühten sich die Genossen Busold, Runke, Büchner, Sachse, Gock vergebens, die Benachteiligung der Arbeiter gegenüber Zünftlern, Betriebsherren, Ärzten und Apothekern abzuwenden. Wenn die Zünftler bevorzugt wurden, wo ihre Interessen mit den Arbeiterinteressen kollidieren, so wurden sie, wie Genosse Busold an einem Beispiel nachwies, rücksichtslos zurückgestellt, gegenüber der Großindustrie, ohne daß ein Mittelstands-Hahn danach krächte oder eine Raab-Stimme ertönte und gelegentlich sagte es auch, wie Mugdan einmal hervorhob, eine Benachteiligung der Mittelbauern. Die Dreieinigkeit, Bürokrat-Großagrarien-Großindustrieller, herrscht in der Reichsversicherungsordnung.

Am Montag geht es weiter.

Die Reichstagsaufgaben nach den Plänen der Regierung.

Die Regierung hat die Absicht, und die Blockmehrheit des Reichstags scheint diese Absicht unterstützen zu wollen, vor Pfingsten noch die zweite Lesung der Versicherungsordnung zu Ende zu bringen und außerdem die Elsaß-Lothringische Verfassungs-Vorlage und den schwedischen Handelsvertrag zu erledigen. Mit der Möglichkeit, nach Pfingsten noch einen beschlußfähigen Reichstag zusammenzubringen, rechnet man nicht.

Im Herbst soll der Reichstag etwa am 10. Oktober wieder zusammentreten und der Reihe nach erledigen: das Schiffsahrtsabgabengesetz, das Gesetz über die Privatbeamtenversicherung, das Heimarbeitergesetz und endlich die Strafprozessordnung. Auf die Strafprozessordnung würde die Regierung verzichten, wenn bis Anfang Dezember dieses Penun nicht zu erledigen wäre. Die Reichstagswahlen würden, wenn alles nach den bestehenden Plänen läuft, im Januar 1912 stattfinden.

Das preussische Abgeordnetenhaus

begann Sonnabend die zweite Lesung des Groß-Berliner Zweckverbandsgesetzes. Genosse Liebknecht übte an dem Gesetzesentwurf eingehende Kritik, insbesondere daran, daß die Verbandsvertretung durch Delegationen statt durch direkte Wahl gebildet werden, und daß in der übergeordneten Beschlußbehörde abhängige Beamte die Mehrheit bilden werden, sowie, daß die Beschwerde gegen Entscheidungen dieser Behörde an die Minister geht, obgleich doch die „Freundschaft“ der Staatsregierung für Groß-Berlin sich genügend bewährt habe. Aus der Verhandlung, die bis zum § 7 gedieh, und an der Kommissionsfassung des Gesetzes nur wenig änderte, ist hervorzuheben, daß sich der Minister des Innern und die Redner aller bürgerlichen

Parteien mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit mit den sozialdemokratischen Anträgen beschäftigten. Die Konservativen hatten beantragt, dem Zweckverband den Bau von Kleinwohnungen nicht zuzuwenden. Dieser volksfeindliche Antrag wurde jedoch, sichtlich unter dem Eindruck eines Freitagabend gehaltenen Vortrages des Universitätsprofessors Oberstadt über die Wohnungsfrage, abgelehnt.

Am Montag wird die Beratung fortgesetzt.

Eine Reichstagsstagnation über Pfingsten.

Wie im Reichstage verlautet, hat der Reichskanzler den Wunsch geäußert, die Elsaß-Lothringische Verfassungsvorlage nach Erledigung der Reichsversicherungsordnung zur zweiten Beratung im Plenum zu stellen, da er den Wunsch hegt, diese Vorlage noch vor der Sommertagung verabschiedet zu sehen. Auf eine weitere Beratung der Vorlage in der Kommission legt die Regierung keinen Wert mehr. Die Regierung hält es, wie eine halbhoßjizide Korrespondenz meldet, nicht für angebracht, die endgültige Lösung der Frage bis zum Herbst zu verschieben, weil sie bestrebt ist, der Agitation in den Reichsländern durch eine möglichst schnelle Erledigung der Frage entgegenzutreten. Es soll daher verhandelt werden, die Reichsversicherungsordnung bis zu Pfingsten zu erledigen und nach einer kurzen Pfingstpause die Elsaß-Lothringische Verfassungsvorlage und den deutsch-schwedischen Handelsvertrag zu verabschieden.

Der Tod des Studenten Dubrowsky.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die Fortschrittliche Volkspartei eine Interpellation eingebracht, in der die Staatsregierung gefragt wird, ob ihr bekannt sei, daß dem verstorbenen Russen Dubrowsky das Studium an der Berliner Universität untersagt worden sei und durch welche Organe in diesem und in anderen Fällen festgestellt werde, ob die ausländischen, insbesondere die russischen Studierenden zuverlässig und im Besitze der nötigen Subsidienmittel seien.

„Auchrichtlich“.

Zur Zweikampffrage schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Solange die menschlichen Auffassungen und die Anschauungen gewisser Stände so bleiben, wie sie waren und sind, solange der Schutz gegen schwere Verleumdungen ungenügend ist: solange wird auch der Zweikampf die tief bedauerliche, aber nicht immer vermeidbare ultimo ratio sein. Der Zweikampf bleibt gewiß ungeheuerlich. Deshalb soll er gestraft, nach Befinden hart gestraft werden. Er bleibt auch undrichtlich. Das kann nicht bestritten werden. Trotzdem haben durchaus ernste Christen nach schwerem Ringen gegebenenfalls das letzte Mittel des Zweikampfes gewählt.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ meint dann, die Forderung, daß für Zweikämpfer eine harte, entehrende Strafe bestimmt werden solle, schiefe über das Ziel hinaus. „Wer die Dinge unbefangenen würdigt, der wird zugeben müssen, daß für gewisse Zweikämpfer die nicht entehrende Festungshaft die geeignetste Strafe sei.“ Trotz der christlichen Milde, die die allerchristlichste „Deutsche Tagesztg.“ für gewisse Zweikämpfer übrig hat, dringt sie darauf, „daß die Ehre besser und stärker geschützt wird, als es in dem jetzt geltenden Strafgesetzbuche geschieht“. Die christliche Regierung entspringt natürlich dem dringenden Verlangen, mit der Hilfe verschärfter Paragraphen solche Kreise zu treffen, die dem Querschnitt feindselig und ohne jedes Verständnis gegenüberstehen.

Offizieller Dankspruch gegen Freihändler und extreme Agrarier.

Das Organ Schweinburgs, die „Berl. Pol. Nachr.“, bringt in der Nummer vom 11. Mai an der Spitze eine Betrachtung über die Neugestaltung der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik. Im neuen Reichstag soll der Zolltarif aus Anlaß des Abfalls der Handelsverträge einer Revision unterzogen werden. Sowohl die Großindustriellen im Zentralverband, wie auch die Agrarier haben für diese Revision ein Bündel Wünsche bereit; die „Berliner Politischen Nachrichten“ plädieren nun für den goldenen Mittelweg, sie schreiben:

„Wenn auch diesmal keine so umfassende Umgestaltung des Zolltarifs und deshalb auch keine so große Umwandlung der Handelsverträge mit anderen Staaten zu erwarten ist, wie das vorige Mal, als der Zolltarif von 1879 einer durchgehenden Spezialisierung unterworfen wurde, und deshalb die eingehendsten und mannigfaltigsten Einzelvorbereitungen notwendig waren, so ist doch sicher, daß auch die jetzt in Aussicht stehende Änderung an recht vielen Punkten einsehen wird. Es gilt deshalb, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, damit das, was die In-

dufte selbst vorzubringen hat, aufs gründlichste erwogen und präzise formuliert wird. So wichtig aber auch diese Arbeit ist, wichtiger noch wird es sein, dafür Sorge zu tragen, daß der Reichstag, der über die künftige Handels- und Wirtschaftspolitik mitzuentscheiden haben wird, eine Zusammensetzung erhält, die für die Aufrechterhaltung der Grundlagen der bisherigen Zoll- und Handelspolitik notwendig ist. Es ist ja unstrittig, daß die Freihändler für sich große Vorteile von den nächsten Reichstagswahlen erhoffen, wobei allerdings weniger der Freihandel als andere politische Momente eine Rolle spielen sollen. Dafür nun, daß der Freihandel kein großes Gewicht in dem deutschen Parlamente erhält, muß bei den nächsten Wahlen gesorgt werden. Der Reichskanzler selbst hat den Anstoß dazu gegeben, auf diese Entwicklung zur Vertheidigung der Weibehaltung der jetzigen Wirtschafts- und Handelspolitik aufmerksam zu machen. Auf der anderen Seite wird aber auch den zollpolitischen Überreibungen und Auswüchsen, wie sie namentlich in den Forderungen vom sogenannten lückenlosen Zolltarif austauschen, entgegengetreten werden müssen. Deshalb wird weder der Freihandel noch die schutzöllnerische Überreibung gebilligt werden können. Werden wird vielmehr bei den nächsten Wahlen entgegengetreten werden müssen. Die Vorbedingung für die Weiterführung einer erfolgreichen Wirtschafts- und Handelspolitik ist ein Reichstag, in dem eine Mehrheit für eine maßvolle Politik des Schutzes der nationalen Arbeit liegt. Es wird Aufgabe bei den nächsten Wahlen sein, auf die Schaffung einer derartigen Mehrheit hinzuwirken.

Die Bündler werden nicht lange auf eine gepfefferte Antwort warten lassen.

Freikonservative Kandidaten.

In der „Post“ wird die Kandidatenliste der Freikonservativen (Reichspartei) für die nächsten Reichstagswahlen veröffentlicht. Bis jetzt sind 38 Kandidaten aufgestellt, von denen nur 8 auf außerpreussische Bundesstaaten entfallen. Die jetzigen freikonservativen Abgeordneten kandidieren, soweit eine Auffstellung schon erfolgt ist, sämtlich wieder. Einen besonders netten Witz leisten sich die Reichsparteiler im Kreise Disprigniz, wo neben dem jetzigen Vertreter Gutsbecker L. Böcher der frühere nationalliberale Abg. Lehmann-Sena kandidiert. In der offiziellen Kandidatenliste wird mitgeteilt, daß auch dieser Gegenkandidat des reichsparteilichen Böcher seinen Beitritt zur Reichspartei in Aussicht gestellt habe. Es würden also in Disprigniz 2 Reichsparteiler einander im Wahlkampfe gegenüberstehen.

Klerikal-nationalliberales Wahlbündnis.

Zwischen Nationalliberalen und Zentrum soll ein Wahlbündnis für die Kreise Essen und Duisburg getroffen werden. Schon auf dem allgemeinen nationalliberalen Parteitag, der sich für den Zusammenschluß der liberalen Parteien erklärte, behielten sich die Vertreter von Rheinland-Westfalen das Recht vor, eventuell andere Abkommen zu treffen. Es wurde deshalb auch von der Fassung einer bindenden Resolution für ganz Deutschland abgesehen. Nunmehr sind die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalliberalen in Rheinland-Westfalen soweit gediehen, daß die nationalliberale Partei in Essen den Kandidaten des Zentrums gleich im ersten Wahlgang zu unterstützen gewillt ist; das Zentrum soll dafür aber in Duisburg der nationalliberalen Partei den gleichen Dienst erweisen.

Das „Meisterwerk parlamentarischer Beredsamkeit“.

Die „Kreuz-Zeitung“ nennt die Rede des Grafen v. Weizsäcker zur Reichsversicherungsordnung ein „Meisterwerk parlamentarischer Beredsamkeit“. Sie entnimmt ihr die Schlussfolgerung, die „ganze planmäßig und in jahrelanger Arbeit herausgebildete Unterwerfung des Krankenkassenwesens unter die sozialdemokratische Parteitagation“ liege jetzt offen vor jedermanns Augen.

Die Entgegnungen und Erwidrerungen, die Richtigstellungen und die Nachweise der frechen Verleumdungen durch die Redner unserer Partei werden einfach unterschlagen, einfach totgeschwiegen; für die Kreuzzeitungsleser existieren sie nicht. Es ist die übliche Methode, mit der in dem Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie gewohnheitsmäßig vom Reichsverbande und seinen Helfershelfern gearbeitet wird.

Die Entwicklung der Branntweinsteuer.

Die „Kreuzzeitung“ unternimmt es, den Nachweis zu liefern, daß der Rückgang des Branntweinkonsums erheblich geringer ist, als wie dies aus den jüngst veröffentlichten Zahlen geschlossen werden konnte. Man dürfe nicht das Betriebsjahr 1909/10, sondern nur das vorangegangene Betriebsjahr 1908/09 zum Vergleich heranziehen, denn vor Eintritt der erhöhten Steuer habe eine Boverföhrung stattgefunden, die ein Quantum von mindestens 250 000 Hektoliter Alkohol umfaßt hat. Zwar sei das immer noch ein Rückgang, der auf die stärkere Steuerbelastung des Branntweins, das damit verbundene Streben der Destillateure und Schankwirte, zu einem Teil wohl auch auf die Enthaltensbewegung, auf welchen Gründen immer sie beruhen mag, zurückzuführen sei.

Den Rückgang des Branntweinkonsums kann somit die in enger Verbindung mit der Spirituszentrale stehende „Kreuzzeitung“ zwar nicht bestreiten, aber sie sucht ihn künstlich zu verschleiern. Das kann aber nichts an der Tatsache ändern, daß der Branntweinboycott seine Wirkung ausübt hat und fernerhin zweifellos in noch verstärktem Maße ausüben wird.

Der Schwabenreich.

Rechtsanwalt Dr. Schwabe übermittelt der „Kreuzzeitung“ eine Erklärung, die das Blatt mit der Bemerkung veröffentlicht, aus ihr könnten die Kreuzzeitungsleser die Tatsache entnehmen, daß die Einleitung des ehrenrührigen Verfahrens gegen den Genossen Karl Liebkecht durch Dr. Schwabe veranlaßt wurde. In der Erklärung sagt Schwabe, er könne nicht umhin, auch den Weg der Offenheit zu beschreiten. „Nach vorgängiger Ablehnung des Antrages auf Verfolgung durch den Vorstand der Anwaltskammer

habe ich mich beschwerdeführend an den Herrn Justizminister gewandt. Ich konnte mich bei meinen persönlichen und politischen Ansichten, welche von den Anschauungen der meisten Vorstandsglieder abweichen, nicht bei diesem Bescheide beruhigen. Wenn ich auch der Meinung bin, daß ein Führer einer Partei, die nicht auf dem Boden des Gesetzes steht, deren Führer vielmehr internationales Demagogentum pflegen, nicht dazu berufen sein kann, bei der Rechtsprechung mitzuwirken — dies ist auch die Pflicht des Rechtsanwalts — so habe ich es doch von vornherein als aussichtslos angesehen, ein Einschreiten deswegen herbeiführen zu wollen, weil Herr Liebkecht ein sozialdemokratischer Führer ist. Maßgebend war für mich, daß die Rede des Herrn Liebkecht eine krasse Verletzung des Gastrechts enthielt. Wenn ein Herrscher in einem fremden Lande weilt, so muß jedem Einwohner dieses Landes die Person desselben auch in Wort und Schrift unantastbar scheinen. Selbst Völker niedrigster Kulturstufe achten das Gastrecht und halten es für ein strafwürdiges Verbrechen, einen Gast anzugreifen und zu beschimpfen. Man kann darnach die Handlungsweise eines Mannes einschätzen, welcher es wagt, in solchen Worten Se. Maj. den Kaiser von Rußland anzugreifen. Die sinnlose Rede hätte ja einen Vorwand zur Erhebung der Waffe vorzulassen können. Ich sehe in einer solchen Handlungsweise Hochverrat. Nicht die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie an sich, sondern die Benutzung einer solchen Eigenschaft zur Ausübung einer strafwürdigen Handlung ist die Grundlage des Vorgehens gegen Herrn Liebkecht. Diejenigen Parteien sollen freilich nicht dabei ein entscheidendes Wort führen, welche sich selbst nicht scheuen, ein solches Verhalten zu entschuldigen und sich zum Zwecke der Erlangung eines Mandats mit der internationalen Sozialdemokratie zu verbinden. Wenn auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei meist als irreführend zu betrachten sind, so richtet der sich selbst, der mit den Führern der Sozialdemokratie auf der gleichen Bank Platz nimmt. Wer sich gesunden Bürgerinn bewahrt hat, der wendet nicht nur den sozialdemokratischen Führern den Rücken zu, sondern auch den Angehörigen der angeblich bürgerlichen Parteien, die solches Handeln nicht verurteilen, sondern die Hand zum gemeinsamen Vorgehen im Wahlkampf der internationalen Sozialdemokratie reichen. Beredte Zeugen sind die anonymen Zuschriften, welche der Unterzeichnete jetzt erhält; sie sind angefüllt mit Beschimpfungen der Monarchie.“

Die „Kreuzzeitung“ druckt dieses Schriftstück, das als kennzeichnendes Dokument konservativer Kultur niedriger gehängt zu werden verdient, ohne jedes Begleitwort und ohne jeden Zusatz ab. Rußlands Blutzar wird sich der Verpflichtung nicht entziehen können, dem Herrn Dr. Schwabe dankbar zu sein.

Rußland.

Die Staatsstreikpraxis vor der Duma. Seine Erzelenz der Herr Premierminister Stolypin hat sich endlich herabgelassen, der Duma wegen seines Verfassungsbruches vom 27. März Rede und Antwort zu stehen. Seine Erklärungen sind ebenso nichtsagend ausgefallen wie im Reichstage, wo er bereits vor einigen Wochen die von ihm inaugurierte Staatsstreikpraxis zu entschuldigen suchte. Der Unterschied war bloß der, daß er in der Duma kräftigere Töne anschlug und noch entschiedener an den Monarchismus und Nationalismus seiner Handlanger appellierte. Aber die Aufnahme, die seine Rede fand, mußte ihm sagen, daß diese Argumente selbst in der Staatsstreiksduma ihre frühere Wirkungskraft verloren haben. Diese Stützpunkte seiner Politik mußten verfallen, da selbst seine bisherigen Bundesgenossen vom Schlage eines Purzschkewitsch ihn des rückwärtssoßen Terrorismus eines Günstlings beschuldigten, der an die Stelle des Absolutismus des Zaren den Absolutismus des Ministers gesetzt hatte. Vergebens versuchte er, sich damit herauszureden, daß er durch die gesegwidrige Verwirklichung seiner Senatsvorlage (die bekanntlich den Konflikt herausbeschworen hat), die „nationalen“ Grundlagen der Dumapolitik gerettet und die russische Volksvertretung befestigt habe. Die erste Behauptung fand nur bei den Nationalisten — der parlamentarischen Schutztruppe Stolypins — Anklang, da der wahre Hintergrund der Semitsfrage den Parteien denn doch zu gut bekannt ist, um sie für einen chauvinistischen Rummel auszunutzen. Vollends lächerlich aber machte sich der „russische Bismarck“, als er mit der Wiederkehr eines professionellen Meinungszeugen beteuerte, sein Verfassungsbruch habe die russische Verfassung befestigt. Dank der Feigheit der „führenden“ Oktoberistenpartei ist es nun völlig ausgeschlossen, daß die Dumamehrheit, die Stolypin ihr Mißtrauen aussprach und auch jetzt die Erklärungen des Ministerpräsidenten als ungenügend erklärte, die Konsequenzen aus ihrer Handlungsweise zieht und den offenen Konflikt mit Stolypin waagt. Der Führer der Oktoberisten, Gutschow, hat sich der Auseinandersetzung mit seinem Patron durch eine plötzlich notwendig gewordene Reise nach dem fernen Osten entzogen, während die Wahl Rodzjanos zu seinem Nachfolger im Duma-Präsidium die deutliche Neigung der Partei zeigte, eine Kompromißaktion mit Stolypin einzuleiten. Die parlamentarische Situation ist infolgedessen recht trostlos. Die Mißgeburt vom 16. Juni 1907 ist nicht einmal imstande ihre eigene Existenz zu schützen und die Unverletzlichkeit der Grundgesetze aufrecht zu erhalten, die zu ihren Gunsten revidiert worden sind. Jetzt stellt Stolypin die These auf, der Duma stehe überhaupt kein Interpellationsrecht über die Grundgesetze zu, und der konservative Schriftsteller Fürst Meshcherski ergänzt diese Ansicht dahin, daß die Grundgesetze von der Regierung einer Durchsicht unterworfen würden. Das Volk wird nicht umhin können, aus dieser Situation die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Wenn die Grundgesetze selbst ihren Schöpfern nur zu Hofn und Spott dienen, wird die Notwendigkeit einer revolutionären Revision der Grundgesetze um so schneller allen zum Bewußtsein kommen.

Amerika.

Revolution in der Stadt Mexiko. Einer Privatmeldung zufolge, die eine Berliner Handelsfirma von ihrem Vertreter in Mexiko erhalten hat, soll in der Stadt Mexiko eine Revolution ausgebrochen sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 15. Mai.

Achtung, Tapezierer! Die Tapezierer Lübecks befinden sich wegen Nichtanerkennung ihrer Forderungen im Ausstand. Zugang nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Achtung, Mater! Über die Werkstellen Hargus, Dirks u. Meier, Westphal und Grabau in Travemünde ist die Sperre wegen Nichtanerkennung des Tarifes verhängt worden. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

Wegen der Waifeier sind Differenzen in der Wandliefenfabrik Danischburg (Wileroy u. Koch) ausgebrochen, deshalb ist der Betrieb für Schlosser, Dreher, Maurer, Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Hafenarbeiter! Der Hamburger Hafenbetriebsverein sucht Streikbrecher für Harburg! Laßt Euch nicht nach Harburg vermitteln. Die Harburger Hafenarbeiter haben aus Unlaß des Streiks der Kutscher die Arbeit verweigert, speziell die Kohlearbeit, weil sie Streikbrecherdienste verrichten sollten. Am Sonnabend morgen ist nun von seitens des Hafenbetriebsvereins in der Filiale des Arbeitsnachweises am Baumwall vergeblich versucht worden, Schauerleute nach Harburg zu vermitteln. Aber fremde Arbeiter, welche die Verhältnisse nicht kennen, könnten leicht auf das Angebot hereinfallen. Darum Augen auf und Stamm auf dem Posten, damit es den Unternehmern nicht gelingt, Arbeitskräfte für Harburg zu bekommen.

Ein alter braver Parteigenosse, der ehemalige Hafenarbeiter W. Kähler, hat am Sonnabend nach einem langen, arbeitsreichen Leben die Augen für immer geschlossen. Kähler, der im 71. Lebensjahre stand, war zuletzt Inhaber des Heiligen-Gest-Hospitals; auch an seinem Lebensabend, dessen letzte Jahre er in dieser Stiftung verbrachte, nahm er noch regen Anteil an allen die sozialdemokratische Partei betreffenden Dingen. Der Verstorbene gehörte zu denen, die besonders unter dem Schanbegel eifrig für die Partei tätig waren und keine Mühe und Opfer scheuten, wenn es galt, der Partei zu dienen. Weiteren Kreisen der Parteigenossen war der alte Kähler als „Klingelbeater“ bekannt; als einer der Senioren des Gesangsvereins „Eintracht“ war ihm nämlich ständige das Amt übertragen, auf dessen Vergünstigungen als Tanzordner die Glocke zu schwingen. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen früh statt. Die Parteigenossen, welche daran teilnehmen, versammeln sich morgen früh 8¼ Uhr beim Gastwirt G. Kähler, Fackelburger Allee.

Liberaler Arbeitererziehungsfreunde. Als Organ der Lübecker Liberalen spielt sich gewöhnlich die hiesige „Eisenbahn-Zeitung“ auf ein Blatt, das einen liberalen Charakter vielleicht in einer längst vergangenen Zeit trug, sich gegenwärtig jedoch in nichts von den gewöhnlichen nationalliberalen Duden-Scharfmacherblättern unterscheidet. Das kann man besonders jetzt anlässlich der Verhandlungen des Reichstages über die Vernehmung des Selbstverwundetenrechts der Arbeiter in den Ortskrankenkassen beobachten. Wahrhaft liberale Politiker haben den durch nichts begründeten Rechtsraub an den Arbeitern scharf verurteilt. Was tut jedoch die liberale „Eisenbahn-Zeitung“? Sie bringt über die außerordentlich wichtigen Reichstagsverhandlungen so klägliche und inhaltlose Berichte, wie sie die kleinsten Krähwinkelblättern ihren Lesern nicht vorzusehen wagen. Aber diese jämmerlichen Berichte entsprechen nur der jämmerlichen Haltung dieses „liberalen“ Organs, wie sie in seinen sogenannten Stimmungsblättern in die Erscheinung trat. Da werden nach echter Reichsverbandsmannier die faulsticken, größtenteils aus den Fingern geflogenen Unwahrheiten des Junkers Westarp, die er sogar nach eigenem Eingeständnis nicht beweisen konnte, als „ein wichtiges Aufklammaterial über den parteipolitischen Mißbrauch der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie“ hingestellt und die Berächtigungen Heingez, daß die Verquickung der Rassenverwaltungen mit Parteipolitik zu ernstlichen Mißständen geführt habe, die sich also auf ähnlichem Boden bewegten, als „durchaus objektiv gehaltene Ausführungen“ charakterisiert. Schimmer wie hier die „Eisenbahn-Zeitung“, können es „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ auch nicht machen. Das schönste ist jedoch dabei, daß die „Eisenbahn-Zeitung“ ihren eigenen Parteifreund Potthoff, der allerdings nicht mit Westarp und Heingez an dem gleichen volksfeindlichen Strang zog, zu verhöhnern bestrebt ist. Man kann daraus ersehen, wie verheerend die Verbrüderung der Lübecker Liberalen mit dem Reichsverband schon bisher an der Obertrave gewirkt hat. Dieser Sorte Liberalismus wird die wertvolle Bevölkerung bei der Wahl schon den verdienten Denzettel verabsolgen.

Eine neue Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins für die Orte Dummerdorf, Rückniz, Waldhusen, Gerrenwyk, Danischburg und Siems ist am gestrigen Sonntag nach einem kurzen Referat des Genossen Bromme über „Die Notwendigkeit der politischen Organisation“ in Rückniz gegründet worden. Nach Vornahme der Vorstandswahl wurde beschlossen, jeden letzten Sonntag im Monat Mitgliederversammlungen abzuhalten. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Wegner gewählt. Die neue Parteiorganisation, die gegenwärtig 40 Mitglieder zählt, führt den Namen Ortsgruppe Rückniz-Siems. Unsere Bewegung wird nun auch im Industriegelände schneller Fortschritte machen als bisher.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Zwei Tage vor dem amtlich angelegten Termin, bereits am Sonnabend nachmittags 2½ Uhr, wurde auf behördliche Anordnung die Badesanstalt eröffnet und bald hatte dieses Ereignis eine ganze Anzahl Männlein und Weiblein jedes Alters herbeigelockt, den Körper durch ein kühlendes Bad zu erfrischen. Am Sonntag konnte man schon einen „Bollbetrieb“ verzeichnen, so daß in der Männer-Abteilung zeitweilig alle vorhandenen Bänke und Haken mit Kleidungsstücken belegt waren. Kein Wunder! Bei durchschnittlich 25 Grad Luft- und 20 Grad Wasserwärme bot das Wasser eine riesige Anziehungskraft. In der Frauen-Abteilung waren die Erwachsenen nur schwach vertreten. Die Weisheit einer hochwohlwollenden Polizei hatte bestens dafür gesorgt, daß der Andrang nicht so stark war, denn 10 Pf. soll von nun an jedes weibliche Wesen bezahlen, das nicht geneigt ist, durch Entkleiden in öffentlicher freier Halle seinen Körper den Blicken der großen Schar Kinder preiszugeben. 10 Pf. kostet von nun an die Benutzung einer Kabine. Wir haben also jetzt eine Frei-Badeanstalt

in der das Baden nicht frei ist. Auch eine Sehenwürdigkeit Leute, die sonst alles wissen, behaupten, die Ginnahmen aus den Kabinen sollen den lang gehegten Plan einer Schwimmhalle verwirklichen helfen; der ganze Betrag soll zins-tragend belegt werden. Wenn das der Fall ist, müssen wir uns beschließen. Die Schwimmhalle erfordert ein Kapital von 450 000 Mk. und bis Sonntag mittag waren bereits 30 Pfg. aus den Kabinen vereinnahmt. . . . E. S.

Soweit unser Mitarbeiter. Bemerkte sei noch, daß am Sonntag das Amtsblatt eine Bekanntmachung brachte, nach der auch für die Benutzung einer Kabine in der Badeanstalt am Finkenberg 10 Pfg. erhoben werden sollen. Auf diese Weise ist wenigstens das Gleichgewicht der Ungerechtigkeit hergestellt. In den Kreisen des badenden Publikums herrscht über diese das Baden einschränkende fälschliche Meinung der größte Unwille. Mit Recht wird die Frage aufgeworfen, weshalb denn das Polizeiamt noch den Zwang, Badehosen zu tragen, für die Frauen aufrechterhält, wenn die Frauen, die keinen Groschen zahlen, sich doch völlig nackt vor allen Anwesenden präsentieren müssen. Im Wasser ist doch das Tragen der Badehosen erst recht überflüssig. Wesmerkwürdig ist, daß der „General-Anzeiger“ gegen diese gänzlich unmotivierte Schröpfung der minderbemittelten Abgabegäste nichts einzuwenden hat, nur wünscht er, daß Abonnements zu ermäßigten Preisen ausgesetzt werden. Die übrigen Blätter haben zu der Sache überhaupt nichts zu bemerken. Deshalb werden wir mit um so größerem Nachdruck dafür eintreten, daß die Freiheit des Badens der Bevölkerung erhalten bleibt.

An unläuterem Wettbewerb grenzt das Verfahren, welches die hiesige „Eisenbahn-Zeitung“ einschlägt, um Annoncen für ihre Spalten zu gewinnen. Sie läßt nämlich durch ihre „Inseraten-Abteilung“ aus den anderen Blättern Lübeck's Inserate herauserschneiden, klebt diese Ausschitte auf eigens zu diesem Zwecke hergestellte Postkarten und wendet sich dann an die Inserenten der anderen Zeitungen in der Ankerbieten, die Annoncen für einen Spottpreis in der „Eisenbahn-Zeitung“ zum Abdruck zu bringen. Vor uns liegt eine derartige Offerte. Es handelt sich um ein fünfzeiliges Inserat, durch welches Gegenstände zum Verkauf ausgeschrieben werden. Im „General-Anzeiger“ und auch im „Volksboten“ würde der einmalige Abdruck dieses Inserats 1 Mk. kosten. Die „Eisenbahn-Zeitung“ erbietet sich jedoch, für 1,50 Mk. das Inserat viermal zu bringen. Eine derartige saubere Inseraten-Konkurrenz ist das würdige Gegenstück zur sogenannten Abonnentenversicherung des gleichen Blattes. Wenn die Geschäftleute nun nicht die „altangelebene“ „Eisenbahn-Zeitung“ zu ihrem Publikationsorgan machen, so ist ihnen nicht zu helfen. Oder sollten sie gar auf den Gedanken kommen, daß Blätter, die solche Mittel zum Inseratenfang anwenden müssen, doch wohl keine geeignete Stätte zur wirksamen Insertion sein können? Nahe liegt eine solche Meinung sicherlich.

Das Gewerbegericht beendete in seiner Sonnabend-Sitzung mehrere der anstehenden Klagesachen durch einen Vergleich. Der Arbeiter Schr. war von seinem Arbeitgeber, dem Mühlenbesitzer Br. ohne Kündigung entlassen worden, weil er eine ihm aufgetragene Arbeit erit verrichten wollte, nachdem er seine Pferde versorgt hatte. Das war bisher stets so üblich gewesen. Im Laufe des Vormittags, der darauf entstand, beschimpfte B. den Schr. als „dummer Junge.“ Schr. klagte nunmehr gegen B. auf Zahlung von 21 Mk. als Entschädigung für zunächst eine Woche; den weiteren Anspruch behält er sich vor. Auf dringendes Anraten des Vorsitzenden zahlt B. an den Kläger 20 Mk., worauf letzterer seine Wehransprüche aufgibt. — Die Buchmachersin W. klagt gegen die Inhaberin eines hiesigen Buchgeschäfts, Frau D., auf Zahlung von 10,50 Mk. verdienten Lohn. Im Vergleichswege erhält sie, nach Abzug der Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung, 8,40 Mk. — Die Klage des Musikers St. der als Arbeiter auf dem Hochofenwerke beschäftigt war, und dem 50 Mk. für die Musikfaste abgezogen worden waren — wir haben am vorigen Montag eingehend darüber berichtet — ist, wegen abgewiesener, da der Abzug auf Grund eines Vertrages geschehen sei, den auch der Kläger anerkannt habe.

Der Zirkus Blumenfeld gibt auf dem Burgfelde ein — bis Mittwoch einschließlich — nur wenige Tage währendes Gastspiel. Am Sonnabend fand die Eröffnungsvorstellung statt. Der Besuch war sehr gut und wurde die Stimmung auch durch das Gewitter mit seinen Regengüssen nicht beeinträchtigt, denn das Riesenzelt trogte den Elementen. Aber die gebotenen Leistungen sei erwähnt, daß sie durchweg sehr gute waren. Besonders hervorzuheben sind natürlich die zirkusfischen. Es liegt ja heute überhaupt so, daß die eigentlichen Dressurkünste und Vorführungen ebler Pferde immer mehr zur Eigenart der Wander-Zirkusse werden, vielleicht richtiger geblieben sind, während die großen, mit festen Baulichkeiten versehenen wie Busch, Schumann usw. mehr pompöse Ausstattungsstücke mit Licht- und Wassereffekten pflegen und die Pferde dort nur Nebenrollen spielen. Freilich gibt auch Zirkus Blumenfeld auf seiner jetzigen Tournee einmal eine Pantomime — wohl zu Ehren seines 100. Geschäftsjubiläums — die „Historischen Ritterspiele“, doch treten auch hier die Reikünste hervor. Denn die Turniere der schönen alten Ritterzeit sind ja Lanzen- und Schwerterkämpfe zu Pferde. Und sie bilden den Hauptinhalt der Blumenfeld'schen Pantomime. Der übrige Teil des Programms fand gleichfalls den lebhaftesten Beifall. Besonders zu nennen sind die Freiheitsdresuren des Herrn Direktors Blumenfeld, eine gute Zusammenstellung seines besten Pferde- und Hundematerials. Ferner drei oldenburgische Bullen, die mit ihren Künsten auf dem Gebiete der „hohen Schule“ den Pferden durchaus ebenbürtig sind und uns zeigen, daß selbst so schwerfällige und im allgemeinen für dünn gehaltene Tiere der Dressur zugänglich sind. Auch die Herren Gebr. Blumenfeld jun. und Meisters Steckel und Williams boten Gutes als Jockeys und Parforceciter. Desgleichen Herr Schumann als Schulkreiter, nur hätten wir gern die sechs begleitenden Hunde vermehrt, da dann die Eigenart des Schulkreitens noch mehr zur Geltung gekommen wäre. Hervorgehoben seien auch noch das Trio Holmes als Schleuderbreitkrotaken. Daß auch die Clowns und „Auguste“ nicht fehlen, versteht sich von selbst. Besonders die Herren Wrobello und Hansen unter ihnen zeigten hervorragende Springkünste. Alles in allem können wir unseren Lesern einen Besuch des Zirkus Blumenfeld warm empfehlen. Morgen nachmittag findet eine Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen statt, auf die wir besonders hinweisen wollen. Abends verabschiedet sich der Zirkus Blumenfeld.

Schwere Gewitter, von großen Regengüssen begleitet, gingen auch am Sonnabend und Sonntag nachmittag auf unsere Stadt und deren Umgegend nieder. Von größeren Schäden ist uns nichts bekannt geworden. Gestern nachmittag schlug der Blitz, wie uns mitgeteilt wird, in einen bei der Forsthalle in Fraaisdorf stehenden Baum, beschädigte diesen sowie einen in der Nähe stehenden Wirtschaftstisch.

pb. Erwähnt. Der vor etwa 14 Tagen einem Transporteur aus Gölbenig entwundene Dienstmacht Seidel wurde

am 13. ds. Mts., nachmittags, in Mendorf in Liv. von hiesigen Beamten ergriffen und festgenommen. Das auf der Flucht benutzte, dem Transporteur gehörige Fahrrad hatte er bereits verkauft.

pb. Verdächtig. Wegen ein Dienstmädchen, welches dringend verdächtig ist, seinem Dienstherrn, einem hiesigen Restaurateur, 100 Mk. gestohlen zu haben, wurde Anzeige erstattet.

Hamburg. Zum Kampf der Holzarbeiter in Hamburg. Das Neueste im Hamburger Kampfe ist, daß der Arbeitgeberverband eine gelbe Organisation der Holzarbeiter ins Leben rufen will und zwar unter dem Namen: „Verband der Holzarbeiter von Hamburg und Umgebung von 1911.“ Der große Stratege Burlikt versendet Aufnahmeformulare an die Holzarbeiter, die er glaubt, dafür kapern zu können. Viel Glück wird er ja mit seinem Vorhaben nicht haben. In der Hamburger bürgerlichen Presse ist jetzt gegen die Streikenden kräftig scharf gemacht; es wird gefaselt von Verhaftungen und Mißhandlungen der Arbeitswilligen. Wie immer, handelt es sich auch in diesem Falle um direkte Schwindelereien.

Altona. Ein Chemiker als Kurpfuscher und Betrüger. Vom hiesigen Landgerichte ist am 4. Februar der Chemiker Bernhard Heyden wegen Betruges zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte bereits in früheren Jahren in Zeitungsanzeigen ein Mittel zur rationellen Behandlung von Nervenkrankheiten angepriesen und ein Pulver unter Nachnahme von 640 Mk. versandt. Ein Schöffengericht hat damals festgestellt, daß das Pulver wertlos sei, aber Herrn Heyden von der Anklage des Betruges freigesprochen, da ihm nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nachzuweisen war. Später, im Jahre 1906, hat er sein Mittel wieder in der Dorfzeitung in Wildberghausen angepriesen und es gegen 12,80 Mark und 30 Mark Nachnahme versandt. Er ist dann zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Jetzt hat er wieder daselbe Mandat ausgeführt und sich von einem Schmiedemeister, dessen achtzehnjährige Tochter an Rheumatismus litt, 90 Mark zahlen lassen. Das Mittel, welches er gesandt hat und welches aus ganz billigen Chemikalien bestand, ist nach der Feststellung von Sachverständigen wertlos. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit wurde diesmal als erwiesen angesehen, da der Angeklagte aus seiner früheren Verurteilung entnehmen mußte, daß seine Handlungsweise als Betrug angesehen werden würde. Die Revision des Angeklagten, der die Feststellung dieses Bewußtseins als ungenügend bezeichnete, wurde vom Reichsgerichte verworfen.

Kiel. In den Streit eingetreten sind heute morgen die Kutscher, Hausdiener und Lagerarbeiter des Karstadt'schen Warenhauses und der Eisenhandlung von Johannis und Schmielau hier am Ort. Insgesamt kommen in beiden Geschäften 42 Ausständige in Frage, während vier als Arbeitswillige zurückgeblieben sind. Beide Firmen verweigern jegliches Entgegenkommen, insbesondere aber, die Organisation anzuerkennen. — Wie wenig Leben und Gesundheit der Arbeiter beachtet werden, zeigte eine Verhandlung vor der zweiten Strafkammer. Wegen fahrlässiger Tötung und Verstoßes gegen die allgemeinen Regeln der Baukunst hatten sich der Bauführer Meyer in Frankfurt a. M. und der Ingenieur Heberfeld in Hannover zu verantworten. Sie sollen den Einsturz des Fabrikneubaus der Firma Frey in der Kaiserstraße am 5. September 1906, bei denen vier Arbeiter den Tod fanden und zwei verletzt wurden, verschuldet haben. Der Bau wurde in Eisenbeton von der Zementbau-Aktiengesellschaft in Hannover ausgeführt. Bauleiter war der Angestellte Meyer, damals erst 25 Jahre alt. Die Verhandlung ergab, daß der Beton minderwertig war, weil dem dazu verwendeten Zement lehmhaltiger Kies und zuviel Wasser zugefügt war. Meyer ließ die Veranschlagung abnehmen, trotzdem der Beton noch nicht hart und genügend tragfähig war. Die Verbindung zwischen Querbalken und Stützpfählen war unvorschriftsmäßig und Meyer beachtete die Anordnungen der Baupolizei nicht, die eine vorschriftsmäßige Verbindung verlangte. Während der wichtigen Arbeit des Ausschaltens ließ sich Meyer auf dem Bau gar nicht sehen, sondern verließ sich ganz auf die Arbeiter. Die Sachverständigen sagten aus, daß alle diese Umstände den Einsturz herbeigeführt hätten und daß der Bauleiter Meyer die Schuld trage. Auch die Antreiber stand in Blüte. Der Postler F. bekundete, er sei von dem Bau weggegangen, weil ihm der Bauherr (Fabrikant Frey) nicht gefiel. Dieser verlangte immer mehr als überhaupt zu schaffen war. Das Gericht verurteilte den Bauführer Meyer zu drei Monaten Gefängnis. Heberfeld wurde freigesprochen, weil ihm kein Verschulden nachzuweisen war. — Von einem Automobil überfahren und getötet. Ein schwerer Automobilunfall, der den Tod eines Menschen zur Folge hatte, ereignete sich am Freitag abend gegen 7 Uhr am Knooper Weg vor dem Hause 187. Der in der Adolfsstraße wohnende Dipl.-Ing. Ingenieur Wohlbe geriet mit seinem Rad vor ein von der Bremerstraße kommendes Automobil, wurde überfahren und so schwer verletzt, daß er bald nach dem Unfall verstarb.

Aus Nah und Fern.

Landaarbeiterwohnungen. Von den Agrariern wird gewöhnlich erklärt, die ländlichen Wohnungsverhältnisse liegen nichts zu wünschen übrig. Wie Landaarbeiter aber wirklich wohnen, zeigt folgendes Beispiel: Am Sonntag abend nach 10 Uhr kürzte in einem Gasthause des Gutsbesizers Obuch-Schönfelde (Ostpreußen) die Stubenbede ein. Die Bewohner des Hauses hielten sich bei dem schönen Wetter vor der Türe auf, während zwei Kinder des Gastwirthes Kruczina im Alter von einem Jahre und vier Jahren in der Stube schliefen. Die Kinder wurden unter der einströmenden Decke begraben. Das kleine Kind in der Wiege trug so schwere Verletzungen davon, daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

Unglücksfall. Der 70jährige, an Arterienverkalkung leidende Professor Michaelis wurde in seiner Wohnung in der Rante-Strasse in Charlottenburg von heftigem Unwohlsein befallen. Er erhob sich aus dem Bett und stürzte sich an der niedrigen Fensterbrüstung das Gleichgewicht und stürzte kopfüber auf den Bürgersteig, wo er mit zerquetsertem Schädel liegen blieb.

Ein Drama auf See. Der Segler „Hermine“, auf der Reise von Travemünde nach Wisby, ist, wie bürgerliche Blätter melden, mit der gesamten, fünf Mann starken Besatzung untergegangen.

Vom Blitz erschlagen. In Gmsbetten (Regierungsbez. Münster) wurde Sonnabend nachmittag auf offener Straße ein junger Mann vom Blitz getötet.

Es gibt noch Wunder! Cines der trefflichsten Mittel zur Abwendung von allerlei Schäden ist der Glaube an die Wunderkraft des „heiligsten Herzen Jesu“. Was für Wunder dieser Glaube alles bewerkstelligt, lehrt der in Innsbruck erscheinende „Sendbote des göttlichen Herzens Jesu“.

In der Malnummer des frommen Blattes werden folgende Wunder aufgezählt, die auf das Konto des „heiligsten Herzens Jesu“ kommen: „Für schnelle Hilfe in einer Geldangelegenheit; für Erhaltung guter Dienstplätze; für Bewahrung vor ansteckender Krankheit; für Abwendung eines Prozesses; für glücklichen Vorübergang einer schweren Stunde; für Abwendung einer großen Gefahr für eine Familie; für die Befreiung eines Sünders; für schnelle Hilfe in einer heiklen Prozesssache; für glücklichen Geschäftsgang; für Hilfe in mehreren Anliegen; für Hilfe in seeligerlichen Angelegenheiten; für Rückkehr des Friedens; für die Wiedererlangung der Gesundheit; für glücklichen Hausverkauf; für gut bestandene Prüfungen; für Befreiung von einem von Krankheit an dauerndem Leiden; für Fortschritt im Studium; für gelungene Operationen; für Befreiung vom Arztnum; für Erlangung einer guten Lebensstellung; für Hilfe in Seelenleiden; für Genehmigung einer klösterlichen Lehranstalt.“

Von der Höhe unserer Kultur. Das oberfränkische Schwurgericht verurteilte den Schwellenhauer Dremel aus Lauf wegen Raubmordes, den er am 31. Mai 1910 an den Mühlenbesitzer Neubauer in Kobentirchen verübt hatte, zum Tode.

Der Geist Ferrers flücht der spanischen Regierung gewaltige Angst ein. So wurde soeben ein Künstler Sa-prilla zu neun Jahren Gefängnis, ohne Möglichkeit, Verurteilung einlegen zu können, verurteilt, weil er drei Zeichnungen zum Andenken Ferrers entworfen hatte. Auch wurden in der letzten Zeit wieder mehrere Redakteure von Arbeiterzeitungen, angeblich wegen Aufreizung eingekerkert.

Bei einer Rettungstat ertrunken. Ein erschütterndes Drama hat sich in der Nähe der Zementfabrik Reudenette zwischen Soneboz und Biel (Kanton Bern) zugetragen. Der achtjährige Sohn des Arbeiters Christen war nachmittags auf der Holzsuche gewesen. Als der Vater nach Hause kam, ließ das Kind ihm keine Ruhe, bis er sich entschloß, den Haufen Holz anzusehen, den das Kind gesammelt hatte. Zu diesem Zwecke mußte die Brücke über die Schütz hinter der Schleuse überschritten werden. Dabei glitt das Kind aus und fiel in den Fluß. Der Vater rief um Hilfe, da er selbst nicht schwimmen kann, und der in der Nähe Holz spaltende Wächter Rein eilte herbei. Obgleich auch dieser des Schwimmens unkundig war, stürzte er sich in die Wogen, in denen er verschwand. Am Fluße wurden Wachen aufgestellt, aber trotzdem wurden bis zum Abend die Leichen des Kindes und des Wächters nicht gefunden. Erst am andern Morgen konnten sie geborgen werden. Rein war 35 Jahre alt und Vater von fünf kleinen Kindern.

Kirchenvermögen. Matth. 6, 19: Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, da sie die Motten und der Rost freissen und da die Diebe nachgraben und stehlen. — Das Vermögen der katholischen Kirche in Österreich betrug im Jahre 1890 und 800 Millionen Mark. Diese Zahl ist amtlich festgestellt nach den eigenen Angaben der Verwaltung dieses kirchlichen Kirchengütervermögens. Ob diese Angaben der Genauigkeit entsprechen, wird von Kennern der kirchlichen Finanzwirtschaft wohl mit Recht angezweifelt. Prof. Währmund schätzt gestützt auf Angaben vertrauenswürdiger Gewährsmänner, das Gesamtvermögen auf rund drei Milliarden Mark. Nach den amtlichen Ermittlungen hat sich das Vermögen der Kirche in der habsburgischen Monarchie in den zwanzig Jahren von 1880 bis 1900 fast verdoppelt. Im Jahre 1900 allein war ein Reinerüberschuß von 2 1/2 Millionen Mark vorhanden. (Wohlgemerkt, alles nach den eigenen Angaben der Kleriker. Die Wirklichkeit mag noch ganz andere Zahlen aufzuweisen haben.) Allerdings bestehen in Österreich für die Kirche staatliche Verreicherungsverbote. Doch die Ordensbrüder wissen den Gesetzen ein Schnippchen zu schlagen, indem sie durch Mittelspersonen ihre Geldgeschäfte ausführen lassen. Die so erzielten hohen Gewinne werden natürlich dem Staate gegenüber nicht als kirchliches Vermögen gebucht. Die ganzen Einnahmen bleiben also auch steuerfrei. Diese Praktik des mühseligen Gelderwerbs und der Steuerhinterziehung kennen also diese geistlichen Schaffknechte ebenso gut, wie die Vermögenmethode. Das Beste kommt aber noch. Trotz dieses ungeheuren Reichtums bezahlt die katholische Kirche nicht einmal ihre eigenen Kulturbedürfnisse und Pfaffen allein, sondern läßt den mit Schulden reich belasteten Staat, also die Allgemeinheit — katholisch, protestant, jüde und heide, alles eins — dafür aufkommen. Freilich heißt es so schön im Gesetz, daß die Kirche diese staatlichen Mittel nur vorgestreckt bekommt, sie also als Schulden zu buchen hat und im Vermögensfalle das Geld zurückzahlen hat. Doch keine Seele denkt daran, je einen Pfennig davon der Staatskasse wieder zuzuführen. Im Gegenteil, immer neue und größere Ansprüche stellt die mit den Attributen Bescheidenheit und Demut gern operierende Kirche an den Staat. Im Jahre 1900 betrug diese zurückzahlende Schuld schon 200 Millionen Mark und von Jahr zu Jahr nimmt sie um Millionen zu. Hier nicht von Rechts wegen, denn das Gesetz könnte den Klerus zum Zurückzahlen zwingen. Doch Staat und Kirche waren noch nie feindliche Brüder.

Gasvergiftung im Prager Staatsk. In dem Dienstzimmer des Bahnarztes des Prager Staatsbahnhofes wurden der diensttunende Arzt Goporka sowie ein Bahnaspirant tot aufgefunden. Ein dritter Eisenbahnbeamter war bewusstlos. Die Ursache war ausströmendes Gas.

Schiffsunglück. Die in Antwerpen erscheinende „Tribune Congolaise“ meldet: Infolge eines Lornados sind in Lokanda am Kongo zwei mit 600 Mann besetzte Boote gekentert. Dreißig Mann, vermutlich sämtlich Eingeborene, sind ertrunken.

12 Bergarbeiter verunglückt. Auf einer Grube in Fieu bei St. Ghislain sind 12 Leute mit einem Förderkorb verunglückt und zum Teil schwer verletzt worden.

Ein reaktionärer Minister. Eine Revision der Moskauer Stadthauptmannschaft durch den Senator Garin hatte eine unerwartet gegen den Stadthauptmann Generalmajor Andrei Reinbot zur Folge, die ein umfassendes Befehl des Ministerial ergab, das gegenwärtig in einer umfangreichen Inklageschrift vorliegt. Das Ständenregister Generalmajor Reinbots weist bestimmte unwidrige Verwendung von Staatsgeldern, Verschwendung, Erpressung, Mißbrauch der Amtsgewalt, Kompetenzüberschreitung auf und alle diese Vergehen brachte er in dem kurzen Zeitraum seiner Tätigkeit als Stadthauptmann zustande. Seine Amtstätigkeit begann im Januar 1906 und erreichte ihr Ende im November 1907. Die erste Kategorie der Amtsvergehen Reinbots betrifft die Verwendung von Staatsgeldern zu Zwecken, für welche sie nicht bestimmt waren. Das Rechnungswesen und die Kasse hatte er unmittelbar sich selber unterstellt und schaltete nach Gutdünken, wobei er seinem Kanzleidirektor und anderen Beamten keine Einmischung gestattete. In den kaum zwei Jahren seiner Amtstätigkeit wurden fast 30000 Rubel zu außerordentlichen Belohnungen an die

Wohltätigkeitsfonds verwandt. General Reinbot liebt zu leben und leben zu lassen. Er war der Gründer eines Wohltätigkeitsfonds der Polizei, der durch Expression finanziert. Damit im Zusammenhang stehen Reinbots Repressivmaßnahmen gegen Restaurants und Klubs, angeblich zur Ausrottung des Kasarpiens. In der Kreisstadt war zur Genüge bekannt, daß Spenden für den „Wohltätigkeitsfonds“ alle beschränkenden Maßnahmen der Polizei beseitigten, und so hatte das Vorgehen der Polizei gegen Restaurants und Klubs jedesmal den besten Erfolg für den Wohltätigkeitsfonds, über dessen Bestand und Verwendung fast gar keine Belege aufgefunden wurden. Der Überdrehung der Amtsgewalt machte General Reinbot bei Ausweisungen aus Moskau Schulda. Die Untersuchung stellte fest, daß Reinbot wiederholt Personen ausgewiesen hatte, ohne die Genehmigung des Generalgouverneurs oder des Ministeriums des Innern einzuholen. Was General Reinbot in der Voruntersuchung zu seiner Verteidigung vorbrachte, das konnte die gegen ihn vorliegenden Beweise nicht entkräften. Er versicherte, seine Maßnahmen während des Ausnahmezustandes seien einzig und allein durch das Bestreben veranlaßt worden, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Unter anderem erzählte Reinbot, schon drei Wochen vor der Auflösung der ersten Duma habe der Minister des Innern an ihn die Frage gerichtet, ob er wirkliche Maßnahmen treffen könne für den Fall, daß die Auflösung der Duma in Moskau Unruhen hervorrufen würde. Er habe unverzüglich umfassende Vorbereitungen getroffen, die mit bedeutenden Ausgaben verknüpft gewesen seien. Alles in allem paßt die Tätigkeit dieses verkommenen Subjektes vorzüglich zu dem gesamten russischen Regierungssystem. Ein Mensch, der noch einen Funken von Moral in sich hat, wird sich nicht zu gewalttätigen Niedertrüppeln jeder freiheitlichen Bewegung hergeben. So lange die russische Regierung in dem reaktionären Fahrwasser segelt, braucht sie solche Schufte, die für Geld zu jeder Schandtat fähig sind.

Massenvergiftung. In Lamiasch auf der schottischen Insel Arran fand eine rätselhafte Massenvergiftung statt. Fünfzig Personen erkrankten. Ein Knabe ist bereits gestorben.

Sonnabend morgen 5 Uhr entschlief sanft nach langen schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- u. Großvater

Wilhelm Kähler

im fast vollendeten 71. Lebensjahre. Tief betrauert von den Seinigen
Witwe Kähler, geb. Schildknecht.
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 16. Mai, morgens 8 1/2 Uhr, vom Heiligen-Geist-Hospital aus statt. Trauerfeier 8 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein

Am Sonnabend verstarb nach kurzen Leiden unser langjähriger Parteigenosse

Wilhelm Kähler

im 71. Lebensjahre im Heiligen-Geist-Hospital.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt Dienstag früh 8 1/2 Uhr vom Heiligen-Geist-Hospital aus. Die Parteigenossen und Genossinnen sammeln sich bis 8 3/4 Uhr beim Genossen Gustav Kähler, Fackelburger Allee 57.

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiterverband

Am Sonnabend morgen verstarb unser langjähriger Kollege, der frühere Schaueremann

Wilhelm Kähler

im 71. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag morgen 8 1/2 Uhr vom Heiligen-Geist-Hospital. Sammelpunkt der Kollegen 8 3/4 Uhr bei Gustav Kähler, Fackelburger Allee 57.

Der Vorstand.

Gesangverein „Eintracht“

Am Sonnabend starb unser langjähriges Mitglied

Wilhelm Kähler.

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 16. Mai, statt.
Sammelpunkt um 8 1/2 Uhr morgens bei Gustav Kähler, Fackelb. Allee 57.

Der Vorstand.

NB. Gesangprobe heute Montag am 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus.

Sonntag abend um 10 Uhr noch nach langen schweren Leiden unser lieber hoffnungsvoller Sohn **Wilfried** im Alter von 11 Jahren.
Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern und Geschwister.
Rud. Haase u. Frau, geb. Strund.

Danksagung.

Sage hierdurch allen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere seinen Mitarbeiter der Lübecker Maschinenbaugesellschaft und dem Transportarbeiterverband meinen tiefgefühlten Dank.
 Frau Emma Lohs Ww.

Die Geburt einer Tochter zeigen an
Richard Frost und Frau, Marta, geb. Dammernann.

Sonntag nachmittag entschlief sanft nach langen Leiden in ihrem 78. Lebensjahre unsere gute Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter
Katharine Parbs, geb. Burmeister.
Aufs tiefste betrauert von ihren Angehörigen
Friedr. Parbs u. Frau.
Lübeck, Lüdmigkt. 23.
Beerdigung am Mittwoch von 10 bis 11 Uhr Friedhofes. Beginn der Trauerfeier 2 3/4 Uhr.

Danksagung.

Allen denen, die meiner lieben Frau die letzte Ehre erwiesen und den Sarg mit Kränzen schmückten, insbesondere d. sozialdemokratischen Frauen sage hiermit meinen besten Dank.
Heinr. Weitendorf
nebst Familie.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zur Verbodung danken
Alma Schulz
Heinrich Krüger.

Logis zu vermieten
Johannisstraße 65.
Zu vermieten zu sofort od. später 2 leere Stuben mit oder ohne Küche und Keller
Ludwigstraße 64.

Stube mit Kammer zu sofort od. später zu vermieten
Glosteniecherstraße 73. part.

Eine Wohnung zu sofort oder 1. Juli zu vermieten
Stavenstraße 43. I.

Ein Schuhmacher-Lehrling
gegen wöchentliche Vergütung gesucht
Fr. Baurenfeind, Mühlent. 34.

1 Frau zum Flaschenspülen
zu sofort gesucht.
H. Bade, Düggstraße 123.

Ein fast neuer moderner Kinderwagen billig zu verkaufen.
Hartenstraße 33, II.

Ein schwarzer Gehrock-Anzug zu verkaufen.
Bedergrube 79.

Kartoffeln, rote u. weiße, 10 Pfd. 30 Pfg., 100 Pfd. 2.50 Mk. empfiehlt
Lavenau 13.

Kartoffeln.
Magnum bonum, gelbschokende 200 Pfd. 5.50 Mk., 10 Pfd. 40 Pfg. Is lange Vorrat. **Ch. Breyer,**
Lübeckstr. 1-3, bei St. Anna.

Holztee, Kohlentee und Karbolinum
empfehle
Reinh. Büsen,
Arnimstraße 1a.

Visitkarten
— ff. Ebenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
Buchdruckerei d. Lüb. Volksh.
Johannisstraße 46.

Quittung.

Im Monat April gingen bei dem Parteivorstande folgende Parteibeiträge ein:
Nachen-Stadt, 1. Quart. 1911 95,86 Mk.; Argentinien, Henning 5.—; Altona, 8. und 10. schlesw.-holst. R.-W.-K., 1. Quart. 11 2875.—; Berlin, Groß, a conto seiner 8 Wahlkreise 20000.—; Berlin, diverse Beiträge 974,10; Varmen-Eberfeld, 1. Quart. 11 1300.—; Bant, 2. obdenbg. und 2. hannov. R.-W.-K. 1. Quart. 11 912,15; Breslauer Agitationsbezirk, 1. Quart. 11, Wahlkreise: Gubrau-Wohlau 4,44; Müllisch-Trebnitz 15,72; Namslau-Brieg 87,34; Ohlau-Rimpfisch 79,86; Breslau-Ost und West 1221,36; Breslau-Land-Neumarkt 365,78; Neustadt 17,36; Liegnitz-Dagnau 265,76; Sa. 2057,72; Chemnitz, 10. sächs. R.-W.-K. a conto 4000.—; Glin Reg.-W. 20.—; Calw, 7. württ. R.-W.-K., 4. Quart. 10 118,44; Erfeld 1. Quart. 11 850,91; Calau-Ludau, 1. Quart. 11 282,10; Cassel-Melungen, 1. Quart. 11 625,98; Geln a. Rh., Wahlkreisbeitrag 1. Quart. 11 1000.—; Büffel-dorf, 1. Quart. 11 1185,50; Dessau (Mhalt 1) 4. Quart. 10 539,22; Duisburg-Rühlheim (Ruhr) 1. Quart. 11 864,78; Guskirchen-Bergheim, 1. Quart. 11 18,50; Essen (Ruhr), 1. Quartal 11 1087,78; Eslingen a. N., 1. Quart. 11 576,06; Frankfurt-Lebus, 3. und 4. Quart. 10 481,90; Falkenberg D.-S., II. L. 4.—; Frankfurt a. M., 1. Qu. 11 1034.—; Gebweiler t. Gf., 1. Quart. 11 15,26; Güstrow t. W. 212.—; Gütergop, Patienten der Heimstätte an Stelle eines Krankes für Borgmann 8.—; Goldbeck-Altmarkt, Parteilgen. 15.—; Hagen-Schwelm, 1. Quart. 11 664,56; Halberstadt-Oschersleben, 4. Quart. 10 412,89; Hechingen 8,02; Lempe-Reinscheid-Mettmann, 4. Quart. 10 678,44; Lörrach (Waden) 64,38; Mann im Mond, Extrabeitrag 80000.—; Mühlhausen t. G., 1. Quart. 11 258.—; Meerane, 16. sächs. R.-W.-K. 200.—; Magdeburg, 1. Quart. 11 1419,66; Mannheim, II. badischer R.-W.-K., 1. Quart. 11 500.—; „Neue Zeit“, „Gleichheit“, „Wahrer Jakob“ 15000.—; Rieneburg, 7. hann. R.-W.-K., 2. Halbjahr 10 121,24; Ottensen-Flümeberg, 6. holt. R.-W.-K., 4. Quart. 10 u. Restbeitrag vom 3. Quart. 10 244,48; Oberfrohna, 15. sächs. R.-W.-K., 1. Quart. 11 600.—; Offenbach-Zieburg, 4. Quart. 10 1146.—; Oberlangensielauer Nationalbezirk, 1. Quart. 11, Wahlkreise: Waldenburg 400,68; Schweidnitz-Striegau 411,15; Reichenbach-Neurode

287,90; Landeshut 172.—; Pleischberg 83,69; Wlaj 9,40; Sa. 1424,72; Queblinburg-Wschersleben, 1. Quart. 11 759,30; Recklinghausen, 1. Quart. 11 350.—; Sigen a. S., 1. bat R.-W.-K., 1. Quart. 11 40,76; Schleswig, 3. schlesw.-holst. R.-W.-K., 1. Quart. 11 189,14; Straßburg, Gottlieb Reich 5,20; Waejack, 18. hann. R.-W.-K., 2., 3. u. 4. Quart. 1 607,94; Wittenberg-Schweinitz 100.—; Worms-Heppenheim 1. Quart. 11 143,25; X. N. 3. 5000.—; Zittau, 1. sächs. R.-W.-K., 2. a conto-Rate 200.—; Züllichau-Grossen, 1. Qu. 1 85,12.

Berlin, den 12. Mai 1911.
Für den Parteivorstand: J. B. Fr. Ebert,
Lindenstr. 69.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.
D. Schach = Steenberg, Kapit. W. Theiland, ist gestern nachmittag von Stugsund auf hier abgedampft.
D. Wiborg, Kapit. Karstedt, ist gestern morgen in Wiborg angekommen.
D. Reval, Kapit. Radloff, ist Sonnabend nachmittag von Königsberg auf hier abgegangen.

Samburger Sternschanz-Viehmarkt vom 13. Mai.
Auftrieb 2342 Schweine. Markt flau geräumt. Aber stand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere rein Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 52,00 (— bis 41,50 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 51.— bis 52,50 (41,00 bis 42.—) Mk. Mittelwäre, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 51,50 bis 52,00 (40.— bis 40,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 51,50 bis 54,00 (40,00 bis 41,00 Mk.)

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellingsma. Verleger: L. H. Sch warz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Ausschneiden!
Amerikanische Uhren-Reparaturwerkstatt
Huxstrasse 71. Lübeck. Huxstrasse 71.
Bitte genau auf Nr. 71 zu achten.
Inhaber dieses Bons erhält auf eine Reparatur **15 Prozent Rabatt.**
Der Bon braucht erst beim Abholen der Uhr vorgezeigt zu werden.
Preise für Reparaturen:
Uhr reinigen 1,00 Mk. Neue Feder 1,00 Mk. Neuer Stein 1,00 Mk. Neue Welle 1,00 Mk. Neuer Zylinder 2,50 Mk. Zylinder mit Uhr reinigen 3,00 Mk. Jedes Uhrglas 25 Pfg. Uhrschlüssel 5 Pfg. Zeiger 10 Pfg. Bügel 10 Pfg.
Für jede Reparatur 2 Jahre reelle schriftliche Garantie.
Ausschneiden!

Wir empfehlen als gute Unterhaltungslektüre:
Kapt. Marryats Werke 2 Bände eleg. gebund. Mk. 3.—
Ch. Dickens ausgewählte Werke 2 Bände, elegant gebunden Mk. 3.—
Ferner sind wieder eingetroffen:
Fritz Reuters Werke in 2 Bänden, elegant gebunden Mk. 3.—
Als Nachschlagebuch:
Der Ratgeber für das praktische Leben. Elegant gebunden Mk. 2.75
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.

Großer Zirkus
E. Blumenfeld Ww., Lübeck.
Sente, Montag, den 15. Mai, abends 8 Uhr:
Große Gala- und Parade-Vorstellung
mit glänzendem Programm und Aufführung der großen Ritterspiele, Turniere aus dem Jahre 1880.
Dienstag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr:
Große Familien-, Schüler- und Kinder-Vorstellung
zu kleinen Preisen und mit glänzendem Programm.
Kinder und Schüler zahlen: Logenpl. 1 Mk., Sperrpl. 75 Pfg., I. Pl. 60 Pfg., II. Pl. 40 Pfg., III. Pl. 30 Pfg., Galerie 20 Pfg. Erwachsene zahlen: Logenpl. 1.50 Mk., Sperrpl. 1 Mk., I. Pl. 75 Pfg., II. Pl. 60 Pfg., III. Pl. 40 Pfg., Galerie 30 Pfg. Sämtliche Schulen und Lehranstalten von Lübeck u. Umgegend sind hierdurch freundlichst zum Besuch dieser Vorstellung eingeladen. Die Zöglinge der hiesigen Mädchenanstalten haben unentgeltlichen Zutritt. Dauer dieser Vorstellung 2 1/4 Stunden.
Abends 8 Uhr: **Unwiderruflich letzte**
Große Parade-, Dank- und Abschieds-Vorstellung
mit dem besten und glänzendsten Programm und dem großen Reiter-spiel vor 100 Jahren und einer serbischen Bauernhochzeit.
Vom Neuen das Neueste, vom Guten das Beste!
Billets im Vorverkauf bei **Friedrich Nagel**, Zigarrengeschäft, am Markt, zu kleinen Preisen bis nachmittags 6 Uhr.
Hochachtungsvoll **Gebr. Blumenfeld.**
Sämtliche event. noch ausstehenden Rechnungen bitten zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags an der Kasse zur Regulierung gefl. ein-zureichen.

Vereinigte Butterhändler
v. Lübeck u. Umg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostenl. Pfd. 1.30 Mk.

Diese Blumen 60
bei Abn. v. 4 Pfd. p. Pfd. 60
3t. Kopf u. Bein per Pfd. 20
3t. Knochent per Pfd. 20
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16

Achtung Schneider
Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 16. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Zwanzigjährige Kulturarbeit des Verbandes der Schneider, Schneid-derinnen und Wäscharbeiter.
Referent: Kollege Ploog, Leipzig
2. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
Deutscher

Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.
Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 16. Mai,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Die fakultativen Unterstützungs-einrichtungen unseres Verbandes.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
Bei der Wichtigkeit der Tages-ordnung ist zahlreiches Erscheinen der Kollegen dringend erwünscht.
Der Vorstand.

Kinderhilfsfest Lübeck 1911
Wohltätigkeits-Vorstellung
im Stadt-Theater
am Mittwoch, dem 24. Mai 1911
unter Leitung des Herrn Direktors Fruchs.
Die Liebe wacht.
Lustspiel in 4 Akten von Caillavet und de Fiers.
Mitwirkende: Fr. Böh, Herr Stah, Nachbaur und geschätzte Dilettanten.
Während und nach der Vorstellung Konzert im Foyer u. den Festsaal.
Schauspiel-Preise.
Der Vorverkauf beginnt am Mittwoch, dem 17. Mai, an d. Theater-kasse. Gedöffnet 11-1 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 13. Mai 1911.

174. Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitzungs-Deskribat.
Die Beratung der

Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 343, der bestimmt, daß bei den Landfrankenstellen die Vertretung des Gemeindeverbandes den Vorsitzenden und die anderen Mitglieder des Vorstandes wählt; die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß der Vorsitzende und die anderen Mitglieder des Vorstandes gewählt werden, wie die Vertreter im Ausschuss. (§ 349, Abs. 1. u. 2.)

Verbunden wird die Diskussion mit der über § 349, worin bestimmt wird, daß die Vertreter der beteiligten Arbeitgeber und der bei der Klasse Versicherten je aus deren Mitte zu wählen sind; die Landesregierung kann, wo keine selbständigen Gutsbezirke und Gemarkungen oder ausmärtliche Bezirke vorhanden sind, das Wahlrecht den Vertretern der einzelnen Gemeinden an Stelle der des Gemeindeverbandes übertragen; durch Landesgesetz kann angeordnet werden, daß zum Vorstand und Ausschuss wie bei der Ortskrankenkasse gewählt wird.

Seitens der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Polen liegen die Anträge vor, beide Paragraphen zu streichen; im Falle der Ablehnung der Streichung des § 343 beantragen die Polen, dem Ausschuss an Stelle der Vertretung des Gemeindeverbandes die Wahl des Vorsitzenden und der anderen Mitglieder des Vorstandes zu übertragen.

Fegter (Vpt.) wendet sich gegen die in den §§ 343 u. 349 liegende Entrechtung der bei den Landfrankenstellen Versicherten. Im Zusammenhang bleiben seine Ausführungen unverständlich, da die Abgeordneten der Rechten und des Zentrums sich ungeniert sehr laut unterhalten; der Redner bittet den Präsidenten, doch etwas Ruhe zu schaffen.

Präsident Graf Schwerin bittet mehrfach um Ruhe, aber vergeblich.

Fegter (fortfahrend): Mit der Entrechtung der Landarbeiter will man die Ausbreitung der Sozialdemokratie hindern. Das erreicht man aber nicht mit Ausnahmegeetzen. Die Erbitterung über die Ungerechtigkeit ihrer Gesetzgebung (zur Rechten und zum Zentrum) ebnet vielmehr der Partei, die Sie bekämpfen wollen, die Wege. (Sehr richtig! bei den Vpt.)

Stücklen (SD.): Die Landfrankenstellen in der beschlossenen Form werden an sich schon ein Hohn auf eine Krankenversicherung. Sie stellen sich als eine Art schlechter Armenpflege dar. Man will den Landarbeitern eine Wohltat bieten, aber keinen Einfluß einräumen; der § 343 ist ein Ausnahmegeetz gegen die Landarbeiter in des Wortes allerwagender Bedeutung; 3 Millionen deutscher Staatsbürger wollen Sie die Möglichkeit nehmen, zu einer Institution zu wählen, an der sie wesentlich beteiligt sind. Es kommen Landarbeiter, Dienstboten und auch Heimarbeiter in Frage. In der Begründung findet sich der Satz: die ländlichen Arbeiter sind vielfach mit der Ausübung der Selbstverwaltung nicht vertraut. Wüßten hatten die Landarbeiter keine Gelegenheit zur Selbstverwaltung, wie kann man da also diese Behauptung aufstellen. Wenn es aber auch so wäre, wer trägt denn die Schuld daran? Doch die Leute, welche dafür gesorgt haben, daß die Volksbildung auf dem Lande möglichst niedrig gehalten wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) jene Leute, die im Schulhaus noch heute den Paria der Gesellschaft sehen, und dafür, daß man den Leuten eine bessere Bildung vorenthalten hat, will man sie jetzt noch mit der Vorenthaltung der Selbstverwaltung bestrafen. Als vor wenigen Tagen das 40jährige Bestehen des Reiches gefeiert wurde, sprach man in hochtönenden Worten von der erreichten Kulturhöhe, und jetzt sagt die Regierung,

die Landarbeiter sind mit der Selbstverwaltung nicht vertraut, was doch nur bedeutet, sie sind so rückständig, daß von Kultur überhaupt nicht gesprochen werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man trifft aber auch die geistig zum Teil viel höher stehenden Heimarbeiter, die vielfache Vertretung mit gewerblichen Arbeitern haben, welche in der Ortskrankenkasse versichert sind und dort das Wahlrecht haben. Eine solche unterschiedliche Behandlung muß notwendigerweise aufreizend wirken. (Zust. b. d. Soz.) Auch die gewerblichen Arbeiter haben in der Selbstverwaltung erst lernen müssen, es kann nicht bestritten werden, daß sie in den Ortskrankenkassen Mustergütiges geleistet haben. (Zustimmung bei den Soz.) Geben Sie also den Landarbeitern die Selbstverwaltung und warten Sie erst mal ab, ob die Leute nichts leisten können; sie werden sich der Selbstverwaltung genau so gewachsen zeigen, wie die gewerblichen Arbeiter. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wüßten ist in der sozialpolitischen Gesetzgebung Grundlag gewesen, daß der, der zu den Lasten einer Institution beiträgt, auch das Recht hat, an ihrer Verwaltung mitzuwirken, und mit diesem Grundsatz brechen sie hier vollständig. Man hätte aus dem Gesetz das Wort „wählen“ streichen und dafür einfach „ernennen“ setzen können, denn in Preußen wird der Kreisausschuss, in Bayern der Distriktsrat, in anderen Bundesstaaten andere Korporationen die Vertreter einfach ernennen und solche ernannten Vertreter sind keine wirklichen Vertreter der Versicherten, es können nur Statisten sein, die nie den Mut haben werden, gegen die Vertreter der Arbeitgeber aufzutreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Nach dem Vorschlage des Landrats werden die Vertreter einfach ernannt werden. Welches Verständnis kann man bei vorwiegend agrarischen Körperschaften wohl für die Lage der Arbeiter voraussetzen? In einigen Teilen Deutschlands ist auch die Großindustrie in den Kreistagen vertreten, aber gerade die Versicherten sind nirgends vertreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie die Vertreter einfach durch den Landrat ernennen lassen, wäre die Bestimmung wenigstens nicht auf eine Irreführung der breiten Massen berechnet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Daß ein preußischer Kreistag einen Sozialdemokraten wählt, oder einen Polen, oder einen Arbeiter, der weltlicher Gesinnung verdächtig ist, ist wohl ausgeschlossen. (Sehr richtig!), und wenn es freiwirtschaftliche Landarbeiter geben sollte, wird in Rommern ein solcher nicht gewählt werden. (Sehr wahr! links.) Der Paragraph gibt die Möglichkeit, die Vertreter willkürlich nach politischen Rücksichten auszuwählen und was sich ein Ausschussparagraph bei der preussischen Verwaltungspraxis besagt, wissen wir ja. (Zust. links.) In Sachsen ist heute ein großer Teil der Landarbeiter in den Ortskrankenkassen versichert, auch diesen soll das Wahlrecht genommen werden. Im § 349 ist der Landesgesetzgebung freilich das Recht gegeben, zu bestimmen, daß die Wahl so vorgenommen wird, wie in den Ortskrankenkassen. Aber das ist keine Maßvorschrift und es wird wohl kaum ein Bundesstaat davon Gebrauch machen. Daher ist der § 349 nichts weiter als eine Dekoration. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Glauben Sie ja nicht, daß die sächsischen Landarbeiter die Entrechtung nicht merken werden. In den Kreisen Sachsens, die heute hier konservativ und nationalliberal vertreten sind, werden die Landarbeiter Ihnen bei den nächsten Wahlen die Quittung geben. In der Begründung ist gesagt, man befürchte, die Wahlen könnten politisch ausgeschaltet werden. Natürlich muß man den Leuten bei den Wahlen sagen, um was es sich handelt, dann könnten auch Leute gewählt werden, die eine unabhängige Meinung haben, und da fürchten Sie den Ausbruch der Massen und deshalb wollen Sie den Arbeitern das Wahlrecht nicht geben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Landfrankenstellen haben auch Vertreter zum Versicherungsamt und zum Ueberversicherungsamt zu wählen und deshalb stellt der § 343 einen nackten Wahlrechtsraub dar. Das mag dem Interesse der Konservativen entsprechen, aber das Zentrum und die Nationalliberalen sollten sich doch überlegen, ob sie den Konservativen hierbei Helfershelferdienste leisten. (Sehr

wahr! b. d. Soz.) Sollten Sie den § 343 nicht streichen, so wäre das nichts weiter, als ein Bekenntnis zur Absicht der Volkserziehung, die Sie so vielfach schon geäußert haben, es wäre nichts, als ein neuer Akt politischer Heuchelei. (Lebh. Weif. b. d. Soz.)

Präf. Graf Schwerin: Der Ausdruck politische Heuchelei, den Antragstellern gegenüber, ist unzulässig.

Geheimrat Spiehlagen: Gegenüber Herrn Fegter bemerke ich, daß mit der Vertretung des Gemeindeverbandes nicht die repräsentative, sondern die verwaltende gemeint ist; es handelt sich also nicht um den Kreisausschuss, sondern um den Kreistag.

Kulerski (Vot.): Die vorgeschlagenen Bestimmungen sind das schlimmste Ausnahmegeetz gegen die Polen. Es mündet sich nicht nur gegen die polnischen Arbeiter, sondern auch gegen die polnischen Unternehmer. Das sollte sich das Zentrum überlegen. Sie binden uns an Händen und Füßen und werfen uns dem Moloch der kaiserlichen Bureaucratie zum Fraße vor. Es wird ein Ausnahmegeetz gegen das ganze katholische Element in unseren Landesteilen. Fast 90 Proz. der katholischen Kreise haben einen katholischen Kreistag. Von Ihnen, meine Herren im Zentrum, hängt es jetzt ab. Verufen Sie sich nicht auf die Freundschaft mit den Konservativen, die es nicht wollen. Das ist nicht Freundschaft, sondern Abhängigkeit. Als beim Vereinsgeetz die Freimüthigen feinerzeit erklärten, wegen des Sprachenparagraphen könnten sie das große Werk des Bülow-Blodes nicht fallen lassen, da konnte das Zentrum nicht hart genug darüber urteilen. Hier handelt es sich um etwas Ähnliches. Sie haben eben nur Worte, aber keine Taten für uns. Überlegen Sie es sich in letzter Stunde; wenn Sie fest bleiben, die Regierung gibt nach. (Weifall b. d. Polen.)

Geheimrat Caspar: Es handelt sich hier um kein Ausnahmegeetz, sondern um eine Verbesserung. (Lachen links.) Im Auftrage des Staatssekretärs des Innern habe ich zu erklären, daß die Annahme dieser Bestimmung für die Regierung die unerlässliche Voraussetzung für die Einrichtung der landwirtschaftlichen Arbeiterversicherung ist. Redner bekräftigt dem Abg. Stücklen gegenüber, daß der § 349 nichts als eine Dekoration wäre.

Krusadt (K.): Die eben gehörte Erklärung des Regierungsvertreters erlaubt längere Ausführungen. Aus rein praktischen Gründen ist es unmöglich, den ländlichen Versicherten das Wahlrecht zu geben. Sie würden es nur in einer beschränkten Anzahl von Fällen ausüben können. Es liegt in der Natur des landwirtschaftlichen Gewerbes, daß die Dienstboten und Arbeiter zu diesen Wahlen nicht abkommen können. (Lachen links.) Die landwirtschaftlichen Arbeiter legen auch wenig Wert auf dieses Wahlrecht. (Widerspruch links.) Ich kann nicht anerkennen, Herr Fegter, daß Sie der richtige Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen sind. Wir vertreten Sie mindestens ebenso. (Braus rechts.) Die Landwirtschaft muß für die soziale Versicherung erhebliche Opfer bringen und sie vorweg die Kosten nicht, wie die Industrie, auf die Konsumenten abzuwälzen. Sie hat kein Mitspracherecht bei der Preisbildung. (Sehr richtig! rechts.) Direkt und indirekt trägt sie die ganzen Kosten dieser Gesetzgebung, wenn das Gesetz auch vorschreibt, daß bei der Krankenversicherung zwei Drittel der Kosten von den Versicherten getragen werden. Längere Kontrolle und eine Art Genossenschaftsrecht verhindern doch, daß danach verfahren wird. Es ist nicht richtig, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter zu Arbeiter zweiter Klasse degradiert werden. Was nützt denn den Landarbeitern ein Wahlrecht (Große Heiterkeit links), das sie doch nicht ausüben können. Es würden nur ein paar Leute wählen, und zwar politisch interessierte. Wir wollen aber die Landfrankenstellen nicht zum Sammelpfad politischer Leidenschaften machen. Die Sozialdemokratie hat auf dem Lande nicht Fuß fassen können und will das nun durch die Frankenkassen versuchen, das wollen wir nicht, nicht etwa weil wir uns fürchten, und an Verfolgungswahnsinn leiden, sondern weil die Landarbeiter von der

Die Dagabunden.

Von Karl v. Holtei.

(55. Fortsetzung.)
Die Schwester der Waffelbäckerin treibt ihr Wesen daselbst im Dunkeln, und nur dann läßt sie unerwartet und für den Beschauer zu zeitig das Tageslicht wieder zuströmen, wenn die anwesenden Herren nicht begreifen wollen, daß ihre Eintrittspreise sehr niedrig sind, und daß längerer Aufenthalt in einer obskuren Kammer durch Getränke schenke erkaufte werden müsse. Bei Kunstverwandten wird es nicht so genau genommen. Wollen wir eintreten? Hier die kleine Treppe.
„Nein, Schrampl! Ich glaube nicht, daß die Waffelbäckerin mich zum Gehilfen gebrauchen kann. Und jene Schwester im Dunkel... was sollen mir die Kinder der Finsternis? Ich suche Licht, welches meine Zukunft erhelle.“
„Bei Madame Mollia wird es nicht zu finden sein. Gleichwohl müssen Sie mit mir eingehen durch diese Pforten, Sie werden etwas sehen, was man nicht alle Tage...“
„Eine Menagerie? Löwen? Ob ich eintrete? cela va sans dire! Wär' es auch nur, um...“
„Reißen Sie Ihrer Phrase nicht die Blüte ab. Wär' es auch nur der Erinnerung wegen an Simonelli und Kompagnie, wollten Sie sagen? Nun, eine Laura finden wir nicht, aber dennoch ein Weib, dem kein anderes auf Erden zu vergleichen ist.“
„Reden Sie ernsthaft?“
„Sie sollen sich überzeugen. Nur voran! Da sitzt sie eigener Person!“
Anton gehörte seinem Führer, prallte jedoch, wie er vorgezogen war, augenblicklich und so schnell zurück, daß Schrampl, der als Nachhut hinter ihm stand, ihn gewaltsam festhalten mußte.
„Was ist Ihnen denn? Was erschreckt Sie? Haben Sie einen Drachen gesehen?“
„Schlimmer als das, Schrampl! Vor einem Drachen würde ich, wie mir scheint, bessere Contenance halten. Sagen Sie mir um alles in der Welt, was ist das? Das da — das feuerrote Kleid?“
„Das? Das da? Das ist Madame Mollia.“
„Ein menschliches Wesen?“
„Ein noch schöneres Geschlecht gehöriges obenem.“
„Dieser Fleischklumpen mit dem alten, verbissenen, bärtigen Männergesicht? Mit den Wülsten von Paaren und

Schals um den Kopf? Mit dem jaftangelben Busen, der keine Grenzen kennt? Mit den Brillantringen auf zehn kleinen, fetten Knackwürstchen, die ihr als Finger dienen? Denn sie hält Eintrittskarten mit diesen Würstchen fest; ich sehe es...“
„Nur vorwärts, Antoine; es heißt nicht. Es ist die Befürchtung dieser Menagerie.“
„Madame Mollia, Ihr Serviteur! Ich stelle Ihnen Herrn Antoine vor, erstes Sujet von Guillaume, berühmt durch seine unbändige Wildheit. Er hat sich vor kurzem in B. bei einem bewunderungswürdigen Sturze des Hirnschädel mörch entzwei geschlagen; hat aber nicht nachgegeben, und ehe er sich sterbend hinaustragen ließ, sein Solo ausgegeigt. Denn er ist ein vorzüglichster Geiger.“
Die Erwiderung auf diese an sie gerichtete Rede bestand, ihren rhetorischen Teil anlangend, in einem unverständlichen Gurgeln, welches nur Schmeichler für Sprache halten konnten; es stand ihnen frei. Der mimische Teil war deutlicher, denn der Fleischklumpen regte sich; die Fettmassen des Gesichtes hoben sich aneinander, um ein faunenhaftes Lächeln zur Anschauung zu bringen, und zwei kleine stechende Augen sprühten in unheimlichem Glanze daraus hervor, als ob sie wie zwei Feuerfunken auf Anton fliegen wollten.
Schrampl, dem dies nicht entging, war unfähig, seinen tiefenhaften Gang für Schmelmerci zu unterdrücken. Er gab zu verstehen, sein Freund Antoine wolle sich verändern, suchte eine minder gefährliche Laufbahn, die ihm überall offen stehe, weil er durchweg gebildet sei und sich für die Stelle eines Geschäftsführers, Reisenden, Sekretärs vorzüglich eigne. Die Wirkung dieser schlaun berechneten Andeutung zeigte sich sogleich. Die Fleischmasse wurde unruhig; ihre Bemühung, sich ändern Menschen ähnlich, durch Gebrauch der Zunge mitzutheilen, nahm sichtbar alle zu diesem Experimente gehörigen, in Fett vergrabenen Muskeln in Anspruch. Schon wurden einzelne Silben wie das Echo eines Taubstummenschnitts hörbar... da erliefen, aus dem Boden gewachsen, ein mit buntgetigertem Sechundsäffell bekleideter, wildbärtiger, weindunstender Mensch, der offenbar ebenso bereitwillig war, den Riesen zu spielen, als Schrampl es je gewesen, letzterem außerdem noch an kräftiger Fülle weit überlegen. Bei seinem Publikum verstümmte jeder fernere Sprachversuch im Munde der Dame. Die Fettmogen fließen in ihr Bett zurück, das Gesicht stellte sein Lächeln ein, die Feuerfunken darin erloschen wieder.
Beide Riesen standen einander gegenüber und maßten sich wie zwei alte, erprobte Feinde.

„Ich dachte nicht, daß der so nahe sei,“ flüsterte Schrampl Anton auf deutsch zu.
„Will der Herr unsere Tiere sehen?“ fragte der getrigerte Sechund mit einer Bagittime, deren Tiefe einen furchtbaren Gegensatz zu Schrampls gedrobenem Falsett bildete.
„Ich danke, nein!“ erwiderte Anton; und nicht ohne Beziehung auf Herrn und Diener legte er hinzu: „Ich habe genug gesehen.“
„Aber zum Teufel, was fällt Ihnen ein, Schrampl?“ rief er fast ärgerlich, wie sie nur erst wieder im Freien sich befanden; „wie können Sie mich in solcher Art bloßstellen? Der verdammte Schuft muß ja wirklich glauben, ich wollte mich zwischen ihn und seine — Gebieterin drängen.“
„Dacht' ich denn an ihn? Ich sah ihn nicht und meinte, er läge im Wirtshause, wo er den größten Teil seines Lebens verfaßt. O, ich hasse ihn, souverainement! Er war auch Niefe.“
„Man merkt es ihm an, und, es muß Sie nicht beleidigen, aber ich denke, wenn er sich zusammen nehmen will, er kann einen ganz gefährlichen Nebenbuhler für Sie abgeben!“
„Ah, bah! Bah! Ich doch den Riesen längst besetzt gelegt! Furchtbar ist er mir nicht mehr. Ich hasse ihn aus allgemein menschlichen, moralischen Prinzipien. Er ist ein Antier. Dieses arme, alte, tolle Weib —“
„Toll?“
„Mannstoll, ja! Wird von ihm gemißhandelt und geraubt. Ohne ihn müßte sie reich sein, denn sie hat enormes Glück. Einige Male schon gänzlich auf dem Hunde (jedemal durch klavische Abhängigkeit von ihren Knechten, aus denen sie Günstlinge, folglich Herren macht), hat sie sich ebenso oft wieder herausgerissen. Jetzt noch, auf ihre alten Tage... stellen Sie sich vor, was ihr vor mehreren Jahren widerfährt: Sie war, dank sei es dem unerlöschlichen Durste ihres jetzigen Gebieters, herunter gekommen bis auf einen räubigen Wolf, eine blinde Hyäne, einen Nasgeier, drei Stachelschweine und eine Meerlauge, gestehen Sie, man kann nicht tiefer sinken. Nur noch zwei Löwen besaß sie, eigentlich einen Löwen und eine Löwin, schöne Exemplare. Philipp braucht Geld. Das dumme Weib hat nichts mehr und willigt ein, die Löwen zu verkaufen. Philipp will das Paar dem seither verstorbenen König von *** zuführen, dem milde Tiere die teuersten Untertanen waren. Zu diesem Endzweck läßt der Däse einen Kasten bauen, — einen für beide; diese Dummheit! — um sie leichter zu transportieren. Die verliebte alte

Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Sie wissen eben, wo ihre Freunde sitzen. (Große Heiterkeit links.) Jawohl, in meinem Kreise haben alle Arbeiter mich gewählt, auch die sozialdemokratischen. (Schallende Heiterkeit und Zurufe links.) Aber zu den Krankentassen wollen und sollen sie nicht wählen.

Korjanty (Pole): Das Zentrum sollte sich doch hüten, für Vorschriften zu stimmen, die in den gemischt-sprachigen Provinzen die Landkrankentassen an Händen und Füßen gebunden den Katholiken überliefert. (Lebh. Sehr richtig! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Das Klassenwahlrecht verbunden mit der öffentlichen Stimmgabe bedeutet die Herrschaft einer kleinen Minderheit in den Kommunalverbänden, denen das Gesetz das Wahlrecht zu den Landkrankentassen überträgt. Will das Zentrum die polnischen Arbeiter schuldig ihren katholischen Bevorgängern ausliefern? (Lebh. b. d. Polen u. Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Caspar erklärt nochmals, daß die Annahme der im § 343 vorgeschlagenen Organisation der Landkrankentassen für die verblüdeten Regierungen die unerlässliche Voraussetzung für die Einführung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung sei. (Hört, hört!)

Goch (SD.): Ganz abgesehen von der prinzipiellen Bedeutung der ganzen Frage muß ich darauf hinweisen, daß aus der Fassung nicht unzweifelhaft hervorgeht, ob Kreis- oder Kreisrat als Vertretung des Gemeindevorstandes im Sinne des Gesetzes aufzufassen sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Vertreter der Regierung haben die Einnahme vor uns hinzutreten und zu sagen: Wir nehmen zwar den Landarbeitern ihre Rechte, aber es ist doch kein Ausnahmefall. Das ist eine Vergewaltigung der deutschen Sprache und des gesunden Menschenverstandes. (Lärm, Zwischen- und Zurufe b. d. Mehrheit.) Wir reden nicht um Ihre (zu der Mehrheit) Zustimmung zu erlangen, sondern um vor dem Lande die ungeheuerliche Entrechtung von 5 Millionen Arbeitern zu konstatieren, die man in die Landkrankentassen stecken will. Man will das rechtfertigen damit, daß die Wanderarbeiter ja doch nicht wählen könnten. Vorausgesetzt, daß das wahr ist: so will man also um 40 000 Wanderarbeiter 5 Millionen anderer Arbeiter entrechteten! Das ist Ihre Logik; das ist Ihre Gerechtigkeit! (Lebh. Sehr gut! b. d. Soz.) Und um diese Verhöhnung der Landarbeiter zu vervollständigen, kommt der konservative Herr Arnstadt und sagt: es sind ja im Grunde die Arbeitgeber, die das Krankengeld für die Landarbeiter bezahlen! (Heiterkeit b. d. Soz.) Derselbe Herr erzählt uns, daß ihn sogar die sozialdemokratischen Arbeiter gewählt haben. Wertwürdige Sozialdemokraten müssen das sein! (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Wenn aber wirklich die Arbeiter Herrn Arnstadt gewählt haben, so ist es um so schlimmer, daß er seinen Wählern das Wahlrecht zur Landkrankentasse nehmen will! Und dieser Wahlrechtsraub ist ja der ganze Zweck der Übung! Die Landarbeiter sollen kein Wahlrecht haben, weil man Angst vor der Sozialdemokratie hat. Darum stellt sich Herr Arnstadt hier hin und sagt: wir wissen besser, was den Landarbeitern frommt, als sie selbst (Große Heiterkeit bei den Soz.), darum wollen wir für sie wählen. Das sagt derselbe Herr Arnstadt, der seine Rede mit der Erklärung anfangt, er sehe die Landarbeiter nicht als Staatsbürger zweiter Klasse an. O, wir kennen die Sorge der Konservativen für die Landarbeiter! Die Schutzzölle wurden mit der Notwendigkeit begründet, die Landarbeiterlöhne zu erhöhen; statt zu steigen, sind nun aber die Landarbeiterlöhne gesunken, wie Herr von Camp in der Kommission selbst zugestanden hat! (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Und jetzt fertigt man die Landarbeiter mit ein paar Bettelstücken ab und verhindert sie daran, ihre eigenen Angelegenheiten zu verwalten. Die Paragraphen sind wieder einmal bezeichnend für den Geist der Unehrlichkeit, der das ganze Gesetz durchzieht. Die Arbeitervertreter in den Landkrankentassen werden von den Unternehmern gewählt — denn nur solche sitzen in den Kreisräten und Kreisausschüssen — und diese von Arbeitgebern gewählten Arbeiter wählen dann die Arbeitervertreter in den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern und im Reichsversicherungsamt. Und diese Leute, deren Wahl in letzter Instanz auf Arbeitgeberwahl zurückgeht, sollen dann als Arbeitervertreter gelten! — Das ist ja

Mätin hätte ihn nie wieder gesehen, so wenig wie ihre Löwen, wenn er einmal mit ihnen fort war; ihn so wenig, wie das Geld für die Löwen! Nun also, der Kasten ist fertig, man läßt die Löwen zusammen, — und jetzt geben Sie Achtung auf dieses Glück: Wenn ein anderer christlicher so etwas gewagt hätte, würden sich die Raketen zerrissen haben. Mein, diese beiden werden zärtlich, — Philipp, trotz seiner Dummheit, wird ruhig, — man gibt die Kasse auf — man trennt das Paar wieder, damit kein Unheil geschehe, .. was soll ich lange zögern: nach vier Monaten wird die Löwin drei gesunde Junge, und Madame Wollia ist die erste Selbsterzeugerin lebendiger Löwen auf dem Kontinent.

Das hätte ich der Frau nicht zugetraut; auf Affen würde ich eher geraten haben.

Sie können denken, welche Einnahmen ihr das brachte! Jeder Mensch wollte die säugende Löwin mit ihren saugenden Kleinen sehen haben! Seitdem hat sich das Ding wiederholt, sie haben schon wieder Junge von Jungen; sie versorgt alle Reiternden mit Löwen; sie legt das Land unter Löwen; und all' das verkauft Philipp. Ihre Brillanten abgerechnet, die sie ihm noch so lange als möglich aus den Klauen zu halten sucht, ist sie arm, ist stets in Geldverlegenheiten, lebt vom Tage zum Tage. Aber mir ist gar nicht lange um sie. Sobald die Brillanten auch fort sind, wird die Natur irgend etwas Unerhörtes für sie tun. Der Geier wird sich mit der Hyäne paaren, und Madame Wollia wird den Vogel Greif besitzen, wird einen Dufaten Legageld fordern; wird diesen Preis erhalten; wird Millionen einnehmen, und Philipp wird das Gold verkaufen, wie er das Silber verlor; der Greif wird ihm durch den Schlund passieren, wie die Löwin durchgingen. Ich sage, es gibt Menschen, die ihr Glück mit Füßen treten und es doch nicht vernichten können. Ich bin sehr überzeugt, bejahe die Wollia meine Zwecke, so wimmelte ihr Häuschen schon längst von Nachkommenhaft, und der kleine Däumling wäre kein Kindermärchen mehr.

Sehen Sie doch, Schrämpf, hier stehen wir an der Güte des Elefanten! Ist es nicht eine Schande für ein ehemaliges Menageriemitglied, wie ich war, noch keinen Elefanten gesehen zu haben? Außer in orbis pictus, den unter Kaiser bejahe, der meine Kindheit mit frohlichen Bildern schmückte, der auch einen Elefanten enthielt, — welchen ich damals, obwohl ich fünf Jahre zählte, nicht anders zu nennen vermochte, als: „der Elefant“. Wie herrlich lächelte dann meine Großmutter. Ich sehe das noch.

Nicht sentimental, besser Antoine! In unserer Ehre ist's nichts mit der Sentimentalität. Wenn Sie das Kügelchen bewahren mögen, werde ich Sie an der Kasse präsentieren, damit Sie kein Geld auszugeben brauchen. Ich muß zu meiner Privatvorstellung: zwei Stunden sind herum. Les affaires avant tout!

(Fortsetzung folgt)

des ganzen Pudels Kern. Die Konservativen wollen kein Selbstverwaltungsrecht der Landarbeiter. Sie bestreiten, daß der nächste Reichstag sich nicht zu dieser Entrechtung der Landarbeiter hergeben wird und darum soll dieser Reichstag noch das Gesetz machen. Wir aber werden vor dem Lande das Spiel aufdecken, das die Schuldigen und Mitschuldigen, Konservativen und Zentrum treiben. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Lehmann-Wiesbaden (SD.): Das Zentrum, die stärkste Partei, schweigt sich aus, obwohl die Abgg. Kulerski und Korjanty das Zentrum geradezu mit aufgehobenen Händen gebeten haben diese Entrechtung der Landarbeiter nicht mitzumachen. Das Zentrum schweigt, weil es eben durch Reden seine Lage nur verschlechtern kann, denn Gründe für diese Ausnahmebestimmungen kann es nicht angeben. Ebenso schweigen die Nationalliberalen und die Wirtschaftliche Vereinigung. Daß es Gründe nicht gibt, sah man an Herrn Arnstadt, der ja ein Bild vollkommener Hilfslosigkeit bot. Sie tun sich auf die Witwen- und Waisenversicherung so viel zugute; aber Sie sind bereit, sie vollständig fallen und das Gesetz scheitern zu lassen, wenn die Landarbeiter das Wahlrecht erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Landarbeiter würden nämlich sehr bald lernen, von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen, und dann würden die Krankentassen ausgebaut werden; das aber wollen Sie nicht. Sie wollen den Landarbeiter auf möglichst niedriger Stufe halten. Und dann beklagen Sie sich über die Landflucht! Wie können Sie sich über die Landflucht wundern, da die Landarbeiter kein Koalitionsrecht haben. Und jetzt wollen Sie die Landarbeiter noch weiter entretchen! Aber wenn wir auch mit Engelszungen redeten, Sie wollen eben die Entrechtung durchführen; die Folgen werden Sie zu tragen haben. (Bravo! b. d. Soz.)

Mollenbuh (SD.): Die Bestimmung des § 343 richtet sich nicht nur gegen die Landarbeiter, sondern gegen die Arbeiter überhaupt; denn die Absicht ist, den Unternehmern unter allen Umständen in den Ausschüssen der Versicherungsämtern, der Oberversicherungsämtern und des Reichsversicherungsamts die Mehrheit zu sichern, und das soll dadurch geschehen, daß in den Landkrankentassen das Wahlrecht für die Arbeitervertreter den Unternehmern gegeben wird, und diese sogenannten Arbeitervertreter dann die Arbeitervertreter in jenen Ausschüssen wählen. Und dazu will das Zentrum seine Zustimmung geben! (Hört, hört! b. d. Soz.)

Dr. Mugdan (F.): Nicht bloß Landarbeiter werden entrechtet, sondern auch die kleinen landwirtschaftlichen Unternehmer, die kleinen und mittleren Bauern sind ja ebenfalls auf den Kreisräten nicht vertreten, und ihnen wird das Recht genommen, das in der Stadt der kleinste Handwerksmeister hat. (Sehr richtig! b. d. Dpt.)

Damit schließt die Debatte. Fegter (F.) will eine persönliche Bemerkung machen, doch die Rechte und das Zentrum vollziehen einen derartigen Lärm, daß es dem Redner nicht möglich ist, sich verständlich zu machen.

Der Eventualantrag der Polen wird zurückgezogen. In namentlicher Abstimmung wird § 343 in der Fassung der Kommission mit 170 gegen 108 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen, ebenso § 349 mit 129 gegen 86 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen.

§ 345 bestimmt in seinem dritten Absatz, daß das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber bei der Ortskrankenkasse nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten zu bemessen ist.

Ein Antrag Albrecht (SD.) will diesen Absatz streichen.

Wulsold (SD.): Diese Bestimmung ist eine schmachvolle Entrechtung der Kleingewerbetreibenden.

Vizepräsident Dr. Spahn: Wegen dieser Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Wulsold (fortfahrend): Die Bestimmung gibt den Großindustriellen das Übergewicht über die kleinen Handwerksmeister. Was haben denn die Großindustriellen für ein Verständnis von der Lage des Handwerkers? Nur solche Großunternehmer werden der Ortskrankenkasse beitreten, in deren Betrieben eine überdurchschnittliche Krankenziffer vorliegt, die anderen werden sich Betriebskrankentassen einrichten. Bei solcher Gesetzgebung reden Sie von Ihrer Mittelstandsfreundlichkeit. In einer Ihrer Zeitungen steht am Kopfe:

Mittelstand in Stadt und Land
Nacht groß und stark das Vaterland.

Das ist nur hohle Phrasen, durch Ihre Gesetzgebung drücken Sie den Mittelstand zur Bedeutungslosigkeit herab und treten ihm mit Füßen. (Bravo! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wird § 345 angenommen.

In § 351 ist in den Betriebs- und Innungskrankentassen bestimmt: „Der Arbeitgeber oder sein Vertreter führt den Vorsitz.“

Mollenbuh (SD.): Wir beantragen, diesen Satz zu streichen. Sie würden dadurch ja selbst die Unternehmer, die es gar nicht wollen, die vielmehr ihren Arbeitern größere Freiheit geben wollen, zwingen, in der Generalversammlung anwesend zu sein.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. § 353 lautet: „Wer die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankentasse freiwillig fortsetzt, ist weder wählbar noch wahlberechtigt.“

Sachse (SD.): Wir beantragen diesen Paragraphen zu streichen. Er ist entstanden aus der Furcht vor den freiwilligen, also unabhängigen Mitgliedern. Wer nur zwei Drittel oder die Hälfte der Beiträge zahlt, hat Wahlrecht, wer aber die gesamten Beiträge selbst zahlt, soll das Wahlrecht verlieren. Ist das logisch? Es sind Maßregelungen von Arbeitervertretern in den Knappschaftskassen an der Tagesordnung, ein Terrorismus herrscht dort, gegen den alles, was etwa wirklich bei Krankentassen vorgekommen sein könnte, das reine Kinderpiel ist. Auch christliche Arbeiter sind von solchen Maßregelungen betroffen. Deshalb sollte Herr Becker mit uns dafür sorgen, daß durch Streichung des § 353 diesem Terrorismus vorgebeugt wird. (Bravo! bei den Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. § 354 bestimmt, daß bei Innungskrankentassen die Innung den Vorsitzenden bestimmt.

Schmidt-Berlin (SD.): Auch in den Innungskrankentassen müssen die Versicherten zwei Drittel der Beiträge zahlen, und doch soll der Vorsitzende gewählt werden, ohne daß sie auch weiter gefragt werden. Man sieht hier wieder, wie einseitig dieses Gesetz die Interessen der Unternehmer wahrnimmt und die Arbeiter beiseite stellt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir beantragen, den 354 zu streichen.

§ 354 wird angenommen. Ein Antrag Albrecht (SD.) will einen § 354 a einschleusen: „Einem Arbeitervertreter im Ausschuss oder Vorstand einer Betriebskrankentasse kann zu einem früheren Zeitpunkt als zum Ablauf seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Arbeitgeber nur aus einem wichtigen Grunde gekündigt werden.“

Emmel: Ich habe schon früher eine ganze Zahl von Fällen angeführt, in denen Arbeitervertreter entlassen wurden, weil sie in den Betriebskrankentassen mit den Vorsitzenden kollidierten. Dem Versuch, dagegen die Arbeiter zu

schützen, müßte der Reichstag ohne weiteres zustimmen, der für seine eigenen Mitglieder sogar die Immunität für notwendig hält. Als wir in der Kommission denselben Antrag stellten, antwortete ein Vertreter der Regierung, die Versicherten brauchen ja eine Wahl nicht anzunehmen. (Hört, hört! b. d. So.) Es können also nur Kreaturen des Unternehmers es wagen, die Wahl anzunehmen. Das aber ist keine Vertretung der Arbeiter. (Zust. b. d. Soz.) Man sagt zwar, an einer anderen Stelle des Gesetzes steht, kein Arbeiter dürfe wegen seiner ehrenamtlichen Tätigkeit geschädigt werden. Aber das reicht nicht aus, es wird natürlich kein Unternehmer den wirklichen Grund der Entlassung angeben. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Dr. Potthoff (Sp.) tritt ebenfalls für den Antrag ein und weist darauf hin, daß sogar das preussische Vergesetz eine ähnliche Bestimmung zum Schutz der Sicherheitsmänner vorsehe.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Ein weiterer Antrag Albrecht und Gen. (SD.) will einen § 355 a einfügen: „Der Vorstand ist verpflichtet, den Gewerbeschleissbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Erkrankungen zu erteilen.“

Hierzu beantragen die Abg. Schulz und Genossen, hinzuzufügen: „Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber Näheres bestimmen.“

Severing (SD.): Wer Krankheiten verhüten will, muß vor allem für eine gute Statistik der Krankheiten sorgen, namentlich der Berufskrankheiten. An keiner Stelle der Reichsversicherungsordnung ist aber über die Statistik etwas enthalten. Unser Antrag stellt einen bescheidenen Versuch dazu dar. Seine Annahme ist umso notwendiger, als im § 414 den Kassenvorständen das Recht gegeben ist, für einzelne besonders gefährdete Berufsarten die Beitragssätze des Arbeitgebers zu erhöhen. Auch dem Eventualantrag des Abg. Schulz werden wir zustimmen.

Schickert (K.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag. Der Antrag Albrecht mit dem Antrag Schulz wird angenommen.

§ 358 gibt dem Ausschuss das Recht, über alles zu beschließen, was nicht dem Vorstand besonders zugewiesen ist; unter den dem Ausschuss vorbehaltenen Dingen wird u. a. genannt die Säzung zu ändern und die Kasse aufzulösen, oder mit anderen Krankentassen zu vereinigen. Die Beschlüsse zu diesen beiden Punkten bedürfen der Mehrheit sowohl der Arbeitgeber wie der Versicherten.

Kunze (SD.): Diese letzte Bestimmung beantragen wir zu streichen, durch sie soll der Einfluß der Arbeiter noch mehr herabgedrückt werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. § 372 erklärt es nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde für zulässig, Kassenmittel für den Besuch von Versammlungen zu verwenden, die den gesetzlichen Zwecken der Arbeiterversicherung dienen.

Büchner (SD.): Wir beantragen die Worte „nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde“ zu streichen. Wenn Kongresse stattfinden, die von allen Kassen, auch Betriebs- und Innungskrankentassen, besucht werden, haben in manchen Fällen die Verwaltungsbehörden die Bezahlung der Delegationskosten aus Kassenmitteln verweigert. Wir verlangen eine einheitliche Behandlung und wollen die Kassenvorstände nicht unter Kuratel der Verwaltungsbehörde stellen, sie nicht der Laune und Willkür der Verwaltungsbehörde ausliefern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Männer, welche jene Kongresse ins Leben gerufen haben, meine Freunde Simanowski und Frähdorf, haben Bedeutendes für die Invaliden- und Krankenversicherung geschaffen. (Zust. b. d. Soz.) Sie waren auch die treibende Kraft bei der Gründung der Lungenheilstätten. Auch auf dem letzten dieser Kongresse sprach sich Herr Giesberis mit Entschiedenheit für eine Erweiterung des Arbeiterinflusses in der Verwaltung der Krankentassen aus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Hier aber schweig er bei dem schlimmen Verrat, den das Zentrum mit der Vernichtung der Selbstverwaltung begibt.

Vizepräsident Schulz rügt den Ausdruck Verrat. Büchner (SD.): In ähnlicher Weise haben Sie die Arbeiter entrechtet.

Vizepräsident Schulz: Dieser Ausdruck ist unzulässig.

Büchner (fortfahrend): Diese Beschlüsse werden weit hinaus ins Land getragen werden. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Beim Abschnitt „Verhältnis zu den Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern und Apothekern“ wird eine Diskussion über die Paragraphen, die das Verhältnis zu den Ärzten betreffen, eröffnet.

Goch (SD.): Daß das gegenwärtige Verhältnis der Ärzte zu den Kassen unhaltbar ist, ist von allen Seiten anerkannt. Die Koalitionsfreiheit der Ärzte wollen wir keineswegs antasten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber staatliche Machtbefugnisse dürfen ihre Vereine nicht haben. Durch das Recht der Varentschädigung, das Sie jetzt einführen wollen, werden die Schwierigkeiten nicht beseitigt. Die Ärzte haben dann kein Interesse mehr an der Prosperität der Kasse und ob die Kranken mit dem Arztgeld auskommen, dafür fehlt jede Garantie. Die ganze Bestimmung wird ein Schlag ins Wasser sein. Jedenfalls wird die Stellung der Krankentassen zu den Ärzten nicht erleichtert. Sie zeigt wieder den Zug der ungläublichen Bevormundung der Krankentassen, der durch das ganze Gesetz geht. Die Möglichkeit, sich durch ein höheres Arztgeld abzuhelfen, wird nun den Krankentassen nicht einmal bedingungslos gegeben, sondern ist an die Genehmigung des Oberversicherungsamtes gebunden, und mit den Eingriffen der Behörden in das Verhältnis zwischen Krankentassen und Ärzten haben wir die traurigsten Erfahrungen gemacht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Da wäre Entlastung über unmoralische Verträge angebracht. (Zust. b. d. Soz.) Ich erinnere nur an den Vertrag, den der Magistrat von Halle für die Krankentassen mit den Ärzten abgeschlossen hat und der in tristem Widerspruch zum V. G. B. steht. Für uns ist die Frage der Organisation des ärztlichen Dienstes keine Parteifrage. Sie muß von Fall zu Fall für jede Kasse entschieden werden; die freie Arztwahl hängt jedenfalls eng mit der Selbstverwaltung zusammen. Einerseits treiben Sie die Kassen zum Bankrott, und andererseits drängen Sie die Versicherten in den Kampf gegen die Ärzte. Zu dem System der Entrechtung der Arbeiterkassen und der Vernichtung der Krankenfürsorge passen Ihre Bestimmungen über die Ärzte. Uns soll das gleich sein, wir beschränken uns mit unserer Anträge nur darauf, unnötige Unvollkommenheit zu beseitigen. (Bravo! b. Soz.)

Korjanty (Pole) beklagt, daß in Oberschlesien die polnischen Ärzte vielfach von jeder Kassenpraxis ausgeschlossen werden; die polnisch sprechenden Arbeiter werden gezwungen, einen Arzt aufzusuchen, zu dem sie kein Vertrauen haben.

Die Diskussion schließt. Die §§ 378 bis 380 werden unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Als § 381 a beantragen die Sozialdemokraten einzufügen: „Die Krankenhäuser dürfen die Aufnahme von Kassenpatienten nur aus einem wichtigen Grunde ablehnen. Ein Streit der Kasse mit den Ärzten wegen Regelung des ärztlichen Dienstes gilt nicht als wichtiger Grund.“

Winder (S.D.): Selbst im Kriege fragt man bei Verwundeten nicht, ob es sich um Freund oder Feind handelt, da kann man wohl im Frieden verlangen, daß Patienten nicht aus nichtigen Gründen von Krankenhäusern zurückgewiesen werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt.
Zu § 385 beantragen die Abgg. Ullrecht und Genossen (S.D.) Streichung des Absatzes, welcher bestimmt, daß alle Apothekenbesitzer im Bereiche der Kasse den Vereinbarungen zwischen der Kasse und einzelner Apothekenbesitzer beitreten können.

Geck (S.D.): Wir wollen nicht die Neigung zur Klug- und Trübsinnigkeit verstärken, die in Apothekerkreisen schon stark genug ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Versicherungs-gesetzgebung nützt den Apothekern erheblich. Auch die Landarbeiterversicherung gibt ihnen neue Einnahmequellen. Da braucht man den Apothekern nicht neue Zugeständnisse zu machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch der § 386, der die Breitermäktigung der Apotheker gegenüber den Kassen gestattet, will nur den Apothekern eine unbequeme Konkurrenz vom Halse halten. Dies Bestreben zu unterstützen, haben wir keine Veranlassung und beantragen daher die Streichung des letzten Absatzes. Die Apotheker haben Monopolverträge geschlossen zur Schädigung der Krankenkassen. Aber das rührt die Regierung nicht. Sie kümmert sich nur um Verträge der Kassen mit ihren Angestellten. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Montag 12 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Das beleidigte Reichsverbandsvorstandsmitglied.
Wegen Beleidigung des zahlungsfähigsten Woiners des Reichsverbandes, des kaiserlichen Geheimrats, Ministers a. D. und Reichstagsabgeordneten v. Direksen, wurde Genosse Wolff als Verantwortlicher der „Breslauer Volkswacht“ vom dortigen Schöffengericht zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Beleidigung fand das Gericht in einem Artikel der „Volkswacht“, der sich mit der Agitationsmethode des Reichsverbandes in den zur Herrschaft Gröblichburg, deren Besitzer v. Direksen ist, gehörenden Ortschaften beschäftigte. Außerdem war in dem Artikel auf eine Rede des Abg. v. Direksen im Reichstage vom Jahre 1907 Bezug genommen, in der dieser die Sozialdemokratie beschuldigte, daß sie von den Arbeitern Geld erpresse, um damit ihre Agitatoren zu bezahlen. Diese Rede war als eine Niederträchtigkeit bezeichnet. In einer ganzen Anzahl von reichsverbandlichen Flugblättern, deren Krastausdrücke zur Verlesung kamen, konnte Genosse Wolff nachweisen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Wahl seiner Ausdrücke weit maßloser sei, als die von ihm angewandten Ausdrücke. Trotz dieser Beweisaufnahme wurden dem Genossen Wolff die berechtigten Interessen nicht zugewandt, weil eben — die Form beleidigend ist.

Unwürdiger Polizeieifer. Die Polizei im Wahlkreis Recklinghausen im Münsterland hat eines Morgens in verschiedenen Orten gleichzeitig nach der Maifeier-Eintrittskarte gehäuselt. Weil die Karte einen Sinnpruch enthielt, wurde sie zu einer Druckschrift im Sinne des Verbotgesetzes gestempelt. So mußte das Fehlen der Druckfirma auf der Karte als Grund zur Beschlagnahme der Karte herhalten. Der Ruhm der Recklinghauser Polizei hat nun einige Polizeieiferer im benachbarten Wahlkreis Bochum nicht schlafen lassen. Sie beschlagnahmten auch die in diesem Wahlkreis kursierende Eintrittskarte, obwohl diese nichts enthält, was sie auch nur scheinbar als Druckschrift erscheinen lassen könnte. Die Vermutung, daß es sich hierbei lediglich um den Übereifer einiger untergeordneter Polizeiorgane handele, scheint nicht zuzutreffen, denn die Bochumer Polizeidirektion ist gegenwärtig mit der Ermittlung des Verlegers und des Druckers beauftragt.

Der „unfittliche“ Bala. Wegen des Abdrucks von Zolas Roman „Arbeit“ nach einer von der Deutschen Verlagsanstalt herausgegebenen Übersetzung ist nimmehr dem verantwortlichen Redakteur des Bochumer „Volkblattes“ die Anlagenschrift zugestellt worden, in der die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt wird. Nach der vom Angeklagten auf die Anhebung des Staatsanwalts eingereichten Erklärung ist es nicht recht verständlich, daß der Staatsanwalt sich dennoch der Auffassung des Denunzianten, der im Zentrumslager zu suchen ist, angeschlossen hat.

Aus der Jugendbewegung.

Der Kampf gegen die Jugend. Am Mittwoch wurden von der Polizei vier Jugendversammlungen aufgelöst. Die Jugend hat dann nach den Versammlungen einen Ausflug nach dem kleinen Gyerziersplatz unternommen, dort wollte sie Spiele veranstalten. Die Polizei hat die Jugend auch von dort vertrieben und zwar mit einem Polizeiaufgebot von 25 Mann. Die Jugendlichen mußten dann durch verschiedene Straßen Braunschweigs gehen und sich dort zerstreuen. Abends 11 Uhr streiften noch einige Polizisten in den Straßen umher, um jemand zu erwischen.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Aussperrung der Steinscher im Regierungsbereich Merseburg. Seit 9 Wochen sind 340 Steinseher ausgesperrt, weil sie eine Lohnerhöhung verlangten und sich dann weigerten, aus dem Verbands auszutreten und Streikbrecherarbeit zu leisten. Die Unternehmer lehnten, nachdem die Verhandlungen am 18. April gescheitert waren, jede weitere Verhandlung ab, auch eine solche vor dem Gewerbegericht in Halle. Ebenso wollten sie von einem aus Berufsverboten der angrenzenden Bezirke zusammengesetzten Schiedsgericht nichts wissen; sicher nur deshalb, weil in den angrenzenden Bezirken um 3—12 Pfg. höhere Stundenlöhne bezahlt werden als im Aussperrungsgebiet. Die Unternehmer fragen: die Aussperrung könne ruhig einige Jahre dauern. Die Brahlerei können sie sich nur leisten, weil sie die ausgedehnteste Berücksichtigung durch die Behörden haben. Seit Wochen lassen sie die Dürrenberger Chauvee halb fertig liegen. Ein Chauveeauffeher wollte durch Androhung der Arbeitsentziehung einen Unternehmer zwingen, einige organisierte Steinseher zu entlassen. Auch in Querfurt und Halle haben die Behörden das größte Nachsehen bei nicht fertigen Pflasterarbeiten. In Feltstedt vertrieben Bürgermeister und Wegebaumeister die Streikposten nicht nur von Baustellen, sondern auch von ausgesperrten Straßen. Die ausgesperrten lehnten das Angebot der Unternehmer, zu den alten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, in einer Bezirkskonferenz und in den Zahlstellenversammlungen in geheimer Abstimmung einstimmig ab. Der Zentralvorstand des Steinseherverbandes hat den Aussperrten jetzt für die kommenden Mietzinszahlungen erhebliche Unterstützungen zugewandt. Die Unternehmer haben bisher im ganzen 51 Streikbrecher zusammen gebracht. Zugang muß aufs strengste ferngehalten werden.

Der Streik der Transportarbeiter in Barmen und Oberfeld ist nach zehntägiger Dauer durch Einigungsver-

handlungen vor dem Barmen Einigungsamt beigelegt worden. In allen vom Streik betroffenen Betrieben wurde die Arbeit am 12. Mai wieder aufgenommen. In einer für drei Jahre geltenden Vereinbarung wurde der Mindestlohn auf 26 Mk. pro Woche, steigend im nächsten Jahre auf 26,75 Mk. und 1913 auf 27,50 Mk. festgesetzt. Die Arbeitszeit beträgt für das Sommerhalbjahr 12 Stunden, für das Winterhalbjahr 11 Stunden täglich. Bisher betrug die tägliche Arbeitszeit im Durchschnitt 14 Stunden, der Wochenlohn 24 Mk. Die Überarbeit wurde in den seltensten Fällen und die Sonntagsarbeit unzureichend bezahlt; jetzt ist auch diese geregelt. Erreicht wurde durch die Bewegung eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2 1/2 Stunden täglich oder 15 Stunden wöchentlich und eine sofortige Lohnzulage von durchschnittlich 2 Mk. pro Woche; dazu kommen die Lohnsteigerungen im Jahre 1912 und 1913 und eine bessere Bezahlung der Über-, Sonntags- und Mittagsarbeit. Durch diesen Vertrag sind geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse für das Transportgewerbe der beiden Wupperfläße geschaffen worden. Früher setzten die Unternehmer willkürlich die Löhne und die Arbeitszeit fest.

Zur Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Während im Zeitz-Weißenfels-Altenburger Revier und in der Oberlausitz die Braunkohlenarbeiter im Streik stehen, rüsten sich auch die Bergarbeiter im Magdeburger, Braunschweiger und Leipziger-Vornaer Braunkohlenrevier. Am nächsten Sonntag finden im Braunschweiger Revier Belegschaftsversammlungen statt, in denen die Kündigungen vorbereitet werden sollen. Unter den Arbeitern dieses Reviers macht sich wegen der schroffen Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Werksherren eine starke Gärung bemerkbar. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es auch hier in größerem Umfang zu Kündigungen und Arbeitsentlassungen kommt. Im Zeitz-Vornaer Revier findet an demselben Tage eine von sämtlichen in Frage kommenden Verbänden einberufene Revierkonferenz statt, in der zur Lohnbewegung Stellung genommen werden soll. Auf einigen Werken dieses Reviers hat sich der Arbeiter eine erbitterte Stimmung bemächtigt, die diese Woche schon in kleineren lokalen Ausständen ihren Ausdruck fand. Es ist zu erwarten, daß auch in diesem Revier es zur Vorbereitung der Kündigungen kommt. Sollte das eintreten, dann würde die Lohnbewegung der Braunkohlenarbeiter Dimensionen annehmen, wie es bisher im Braunkohlenbergbau Deutschlands noch nie der Fall war.

Zum Streik im Braunkohlenbergbau. Die Unternehmer lehnen erneut die Verhandlungen mit den Organisationsvertretern ab. Wie berichtet schon, daß die Werksverwaltungen es abgelehnt haben, die Organisationen als verhandlungsfähig anzuerkennen. Die Organisationsleiter hatten am 5. und 6. Mai mit Herrn Bergbaupräsidenten Scharf in Halle und Herrn Bergrat Voensich in Altenburg eine unverbindliche Aussprache über die Bewegung. Auf Ersuchen erklärten sich beide Herren bereit, Verhandlungen anzubahnen. Die Werksherren bleiben jedoch auf ihrem alten Standpunkt bestehen, denn am 10. Mai ging bei der Streikleitung folgendes Schreiben ein:

Der Bergbaupräsident Halle (Saale) den 9. Mai 1911.
H. Nr. 7812.

In Verfolg des mir am 5. d. Mts. mündlich vorgelegenen Beschlusses, zur Herbeiführung einer Verhandlung zwischen den Vertretern der Arbeiter-Organisationen und dem Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein in Angelegenheit der Bergarbeiterforderungen eine vermittelnde Tätigkeit aufzunehmen, habe ich mich dieserhalb an den genannten Verein gewandt und von diesem die Antwort erhalten, daß die beteiligten Bergbauunternehmer sich einmütig gegen die Verhandlungen entschieden haben. Unter diesen Umständen könne der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein weder Verhandlungen einleiten noch meine Vermittlung dazu erbitten.

Mit dieser schroffen Ablehnung haben die Herren befundet, daß sie den Kampf in verschärfter Form wollen. Inzwischen gewinnt der Streik im Zeitz-Weißenfels-Altenburger Revier täglich an Ausdehnung. Es werden Arbeiter mit in die Bewegung hineingezogen, die an der Bewegung gar nicht beteiligt sind. Die Werksleitungen versuchen die in den Nebenbetrieben beschäftigten Berufsarbeiter zur Leistung von Streikarbeit zu veranlassen. Da die Arbeiter in den meisten Fällen sich dessen weigern, so werden sie entweder entlassen, oder sie schließen sich den Streikenden an. Die Werksverwaltungen arbeiten mit Hochdruck, um fremde Arbeiter heranzuziehen. Ihre Mühe war jedoch bisher vergebens. Wenn die Agenten und Beamten mit angeworbenen Arbeitern ins Revier kommen, dann verstanden es die Streikposten, die Leute aufzuklären, mit dem Erfolge, daß ganze Kolonnen angeworbener Arbeiter sich weigern, Streikbrecher zu werden. In Meuselwitz gelang es der Werkverleitung fremde Arbeiter auf einem Vorterrassen heranzuziehen; die Streikenden brachten es jedoch fertig, auch diese Arbeiter im letzten Augenblick an ihre Menschenwürde zu erinnern. So schwenkten sie ins Lager der Streikenden ab. Auf verschiedenen Werken ist es schon zu Differenzen zwischen den in den Tagesbauten mit Abraumarbeiten beschäftigten ausländischen Arbeitern und den Werksverwaltungen gekommen. Die Werksleitungen verlangen, daß die Arbeiter bei der Gewinnung von Kohle tätig sein sollen. Da die Arbeiter nicht zu Streikbrechern werden wollen, so verlassen sie die Arbeit. Die Arbeit in den Gruben und Fabriken ist für die nützlichen Elemente ansehnend mit großen Gefahren verknüpft, denn es sind in den wenigen Streiktagen verschiedentlich Unfälle passiert. Einige der nützlichen Elemente sind dabei so schwer verletzt worden, daß sie nach Halle ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Es dürfte an der Zeit sein, daß sich die Bergbehörde überzeuge, ob die bergpolizeilichen Vorschriften von den Beamten und Arbeitswilligen so beachtet werden, wie dies notwendig ist. Uns scheint, als ob auf den Werken gegenwärtig darin geradezu leichtfertig gehandelt würde. So wird zum Beispiel von einer Grube „Marie“ in Deuben (b. Zeitz) gemeldet, daß dort ein Geizer im Kesselhaus beschäftigt wird, der im Jahre 1909 wegen schwerer Verfehlungen seines Postens als Geizer entlassen und mit 20 Mark Geldstrafe belegt worden ist; außerdem hat die Bergbehörde damals bestimmt, daß dieser Arbeiter nicht mehr als Geizer beschäftigt werden darf. Bisher ist diese Anordnung auch befolgt worden. Jetzt, wo die zuverlässigen Geizer im Streik stehen, wird der von der Bergbehörde als unzuverlässig bezeichnete Mann wieder im Kesselhaus beschäftigt. Während es auf den Werken an dem notwendigen Schutz durch die staatlichen Organe fehlt, können sich die Streikenden und besonders die Streikposten nicht über Nichtbeachtung durch die Polizei beklagen. Gendarmen und Polizei führen besonders in Zeitz und Umgegend einen rücksichtslosen Kampf gegen die Streikposten. Dabei entwickeln diese Gesehshüter eine Gesehskennntnis, die geradezu erstaunlich ist. Die Streikenden lassen sich durch derartige „Rechtsauslegungen“ nicht beeinflussen, sie wissen in ihrer Mehrzahl, daß wir in einem Klassenstaat leben, und diejenigen, die das bisher noch nicht wußten, sehen das täglich bei derartigen Vorgängen.

Tarifvertrag der Bäcker in Frankfurt a. M. Der Bäckerstreik im Vorjahre hatte nur Teilerfolge gebracht, jetzt aber konnte ohne Streik vor dem Gewerbegericht ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Danach werden die Mindestlöhne auf 28 Mk., für Betriebe mit mehr als 8 Gehilfen auf 24 Mk. festgesetzt, für Hilfsarbeiter auf 21 bis 26 Mk. Ab 1. Oktober 1912 erhalten alle Arbeiter 1 Mk. Zulage. Logis beim Meister ist nur noch ausnahmsweise für Hilfsarbeiter auf deren Wunsch zulässig. Ein Ruhetag soll für Betriebe mit ein und zwei Gehilfen alle vier Wochen, mit drei Gehilfen alle drei Wochen, mit 4 bis 6 Gehilfen alle 2 Wochen gewährt werden; größere Betriebe haben wöchentlich einen Ruhetag. Der Arbeitsnachweis bleibt in der Verwaltung der Innung, doch wird eine Kontrolle durch die Gehilfen eingerichtet. Über Beschwerden entscheidet der Gewerbevorstand.

Lohnbewegung der Bäcker in Karlsruhe. Die Bäckergehilfen beschloßen, den Unternehmern einen Tarifvertrag zu unterbreiten, der die Beseitigung des Kostzwanges beim Meister verlangt, Festsetzung von Mindestlöhnen und Bezahlung der Überstunden fordert. Bereits im vorigen Jahre wurden der Innung diese Forderungen zugestellt; sie lehnte jedoch damals jede Unterhandlung mit dem Gesellensvertretern ab. In einem ständigen Streik wurde dann ein Teilerfolg erzielt. Zugang von Bäckern ist ferngehalten.

Der Streik der Glasarbeiter in Haslinghausen dauert unverändert fort. Die Firma sucht durch den Arbeitsnachweis von Klebenstahl in Berlin, Hamburgerstraße, junge Leute als Arbeitswillige. Es werden alle Arbeiter erlucht, junge Leute darauf aufmerksam zu machen, daß in Haslinghausen der Streik der Glasarbeiter noch fortbesteht und sich Arbeitswillige als Lehrlinge nicht anwerben lassen sollen.

Zur geplanten Aussperrung der bayerischen Textilarbeiter. Die vom Verbands süddeutscher Textilunternehmer angebrohte Aussperrung der im Textilarbeiterverband organisierten Arbeiter scheint im Industriebezirk Augsburg auf erhebliche Schwierigkeiten zu stoßen. Mit der vielgerühmten Einigkeit der Textilindustriellen hat es anscheinend seinen Haken. So ist, um dem Aussperrungsbeschluss zu entgehen, die große Augsburger Kammingarspinnerei, A.-G., aus dem Textilindustriellenverband ausgetreten.

Soziales.

Rückgang der Verletzten-Renten bei steigender Unfallziffer. Daß die Berufsgenossenschaften das Bestreben haben, die Verletzten-Renten systematisch zu reduzieren, ist allgemein bekannt. Die Richtigkeit dieser Annahme wird erneut bestätigt durch den Geschäftsbericht der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft, Sektion IX (Dortmund). In dem Bericht wird konstatiert, daß „aus den Nachweisungen ersichtlich ist, daß seit 1908 bei dem Hauptausgabekonto (Verletzten-Renten) die früher beobachtete, ständige Erhöhung der Rentenlast nicht nur durch das Ausbleiben der seit Jahren beobachteten regelmäßigen Steigerung zu einem gewissen Stillstand gekommen, sondern sogar zu einem erheblichen (1) Rückgang gebracht (2) worden ist.“ — An sich könnte der Rückgang durchaus als erfreuliche Erscheinung bezeichnet werden, wenn auch die Unfallziffer im gleichen Maße zurückgegangen wäre. Das ist aber nicht der Fall, vielmehr ist die Unfallziffer noch gestiegen, wie aus folgenden Zahlen hervorgeht. Im Jahre 1910 wurden in dem Bezirk der genannten Sektion 15637 Arbeiter gegen 20066 im Jahre 1909 beschäftigt. Obwohl mithin die Zahl der Arbeiter um 1429 zurückging, stieg die Unfallziffer von 1963 im Jahre 1909 auf 1971 im Geschäftsjahr. Trotz dieser relativ nicht unerheblicher Steigerung der Unfälle ist der Betrag der an die Verletzten gezahlten Renten erheblich gefallen. Im Jahre 1908 wurden an Renten 345 550 Mk. bezahlt, im Jahre 1909 nur 312 174 Mk. und im Jahre 1910 nur noch 276 145 Mk. Trotz dieses erheblichen Rückganges hat sich der Sektionsvorstand nach dem Bericht veranlaßt gesehen, besondere Maßnahmen anzuordnen, die ein weiteres Anschwellen der Rentenlast verhüten sollen. Welcher Art diese Maßnahmen sein sollen, wird leider verschwiegen.

Aus dem Gerichtssaal.

Um den jungen Grafen Kwikski. Sonnabend hatte das Reichsgericht zu entscheiden, ob der jetzt vierzehn Jahre alte Graf Joseph Kwikski weiter diesen Namen führen oder von nun an Leo Franz Pareza heißen soll. Die Prozesse der jegigen Bahnwärtersfrau Meyer, geborenen Pareza, gegen den Grafen Zbigniew Kwikski und die inzwischen verstorbene Gräfin wegen Herausgabe des Knaben nahmen im April 1904 ihren Anfang und am 20. Dezember 1909 erklärte das Oberlandesgericht zu Posen, daß der Beklagte verurteilt werde, den angeblich am 27. Januar 1897 geborenen und am 30. Januar 1897 beim Standesamt III in Berlin angemeldeten Knaben an die Klägerin herauszugeben. Gegen das Urteil hatte Graf Z. Kwikski Revision eingelegt, so daß sich der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts als letzte Instanz mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Das Gericht erkannte auf Aufhebung des Urteils. Das Urteil des preussischen Landgerichts Lissa von 1907 wird dahin abgeändert, daß die Klägerin Meyer mit ihrer Klage abgewiesen wird. — Somit bleibt der Jüngling, um den sich der jahrelang fortgeführte Prozeß dreht, Graf Kwikski und Majoratsherr.

Zum Tode verurteilt. Das Augsburger Schwurgericht verurteilte nach viertägiger Verhandlung den letzten 38 Jahre alten Sticker und Dachdecker Johann Kapfelsberger, der schon wegen Sittlichkeitsverbrechen schwer verurteilt, wegen Ermordung des neun Jahre alten Zöckterschens der Schreinerschen Eheleute Frimler zum Tode. Der Angeklagte hatte am 17. Juli 1910 dem Kinde im Kielsbergholz bei Unterreitau in der Nähe von Lindau am Bodensee den Leib aufgeschnitten und die Leber herausgenommen, in dem Verbrecheraberglauben, daß der Mörder, der seinem Opfer die Leber herausschneidet, unentdeckt bleibt.

Literarisches.

Gratis-Kunstblatt. Der Verlag der Wochenschrift „Freien Stunden“, die Buchhandlung W. G. W. Böttcher, bittet in infolge vieler an sie ergangener Anfragen mitzuteilen, daß die Ausgabe des neuen Kunstblattes mit Heft 26 der Zeitschrift erfolgt. Zur Verteilung gelangt diesmal Kuisdael, Bewegte See. Anspruch auf das Kunstblatt haben alle Halbjahresabonnenten. Von dem gegenwärtig erscheinenden Roman „Der Jude“ von Karl Spindler sind die bereits erschienenen Hefte noch zu haben. „In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und ist zum Preise von 10 Pfg. droh durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Expteure zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gebr. Barg Tel. No. 1739
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer-Artikel.
Dame- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Beim Ein-
kauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die
erstklassigen Margarineemarken
der Firma **A. L. Mohr**
G. m. b. H., Altona - Bahrendorf.
Überall erhältlich!

Abzahl.-Geschäft
S. Sachs, Lübeck,
Schmiedestr. 2.

Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Bröllest. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roockstr. 5b.
König-
F. W. Heyde, str. 38.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickede 3. Tel. 1487.
H. Rühl, Hüst. 34. Lieferant
H. Rühl, d. Ortskrankenkasse.
J. Runge, Moisinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Nielsen, Königstr. 111. Tomb-
Königstr. 111. Tomb-
Königstr. 111. Tomb-
Königstr. 111. Tomb-
Königstr. 111. Tomb-

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Lohb. 49.
Dampf-B. u. Kondit.
Dampf-Bäckerei, Hansa
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann, Fischer-
grube 47.
T. F. Hirschs, Moisinger Allee 43.
W. H. Hüper, Becker-
grube 76.
H. Jargstorf, Warendorferstr. 36.
R. Kasch, Fleischhauerstr.
52. Fein-, Weiß-
u. Grobbäckerei.
W. Krahn, Fackelnb. Allee 57 a.
A. Mehlmann, Schlum.-Str. 1. Sp.-
Kond., Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickede 20.
Eutin, Kiekerstr. 34.
H. Reinhold, Fein-, Grobbäckerei.
Moisinger, Grob-,
Reinfeld, Kirchsteig
H. Schlemmer, Fein-, Grob-,
Schlutup.
Joh. Elvers, Lübeckerstr. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Westoer-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
Schlutup.
B. Plath, Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Seeret.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Georg Behnck,
Lübeck, Warendorferstr. 4. T. 2185
Central-Beerdigungsanstalt
A. Brodersen, Aegidienstr. 7. Tel. 1030
H. Harenburg, Paulstr. 16. Särge
in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd.
Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weib, Lübeck, Schwart. Allee 193.
H. Griebel, Eutin, Weidstr. 14.
G. Wackenhut, Fackelnb.
Rensfeld, Gr. Lager in
H. Kröger, Holz- u. Metallarbeiten.

Beschlänstalten
C. Bachholtz, Lübeck, Schwart. Allee 4.
Beschlänst.-Elektrik.
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
Hansa "J. Dettmann
Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
J. Kalkhorst, Fackelnb. 20.
Joh. Petersen, schmiegedestr. 3.
Johannes Voß, Hüst. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Bröllest. 31.
Ernst Diederichs, Brocksstr. 25.
L. Duve, Große Burgstr. 32.
J. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.

Brauereien
Trinkt
Adler-Bier.

Alten-Bierbrauerei Lübeck
Lübecker Bürgerbräu, Brauhaus
Eibschloss, M. Hofmann,
Hansastr. 75.
Kieker Schlüter, E. A. Wulff,
Untertrave 93.
Femspr. 1274.

Lübecker
Hansa
Bier

Ersteht
dreimal
wöchentlich
Bezugsquellen-Verzeichnis
Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 August Schöro Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hüst. 22/24. Tel. 8977.
Warendorferstr. 21. Tel. 8976.
Mühlensstr. 20. Tel. 8975.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

H.E. Koch Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Schulwarenhaus A. Popp Breite
str. 7.

Billigste Bezugsquelle für
Oten, Herde, Gaskocher, Gradenöfen
Adolf Borgfeldt,
Fennruf 672, Mühlensstr. 36 und 40.

G. Stooss Fischer-
grube 25

A. N. Becker Uhrmacher
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holstenstr. 32

Piano-Magazine
Haußmann, Johannstr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, gebr. Pian. in all. Preisl.
Breitest. 40. Neue u.
gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.
am Kreuzweg,
E. Cordts, Seeret.
Gasthof

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähnenstr. 15.
Pa. Robfleischwaren.
Ob. Trave 12. Tel. 1664.
H. Dieckhoff, Sp.: Robfleischwaren
Loignystraße 8.
Marl. - ff. Best-
steaks u. Gehack-
tes frisch v. Eis.
Dankwagsgr. 34.
Ernst Wulff, Tel. 958. Täglich
frische Scheiben u. Gehacktes.
Fischergr. 149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-Alt. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Piefen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck,
Fackelnb. Allee 48.
Carl Ehler, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxlein Wwe., Moising. Allee 40 a.
H. H. Paulsen, Spezl.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moising. Allee 4 a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Marienstr. 2.
Mühlensstr. 34.
Baurenfeld, Auch Reparatur.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38.
Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Schwart. Allee.
W. Blumenthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geversdest.
Balaurohr 5.
P. Beck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholz, - Record-Stiefel.
Schuhwaren-Haus,
Friedr. Busch, Mühlensstr. 27.
H. Fehlauc, Engelsgrube 81.

Franzen & Co., Holsten-
str. 16.
Zum billigen Schuhladen,
W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Reblen, Schwönekengr. 25.
Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schieb, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.

A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schumacher-Str. 4.
Schleifer u. Siebmacher.
Fackelnb. Allee 10b.
Franz Geuzner, Fennruf 1031.
J. F. E. Grube, Markt.
Unt. Hüst.,
straßen 105.
Martin Jürgens, Sp.: Rastmesser.
Carl Rittscher, Holsten-
str. 34.
Hüst. 45. Sa-
Hüst. 45. Sa-
F. Wichmann, ligger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beutcke, Lübeck, Königstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehn, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lübe.-Str. 52.

Trikot-, Strumpfw.
E. Ehler, Lübeck, Breitest. 15.
H. Hornbogen, König-
Friedr. W. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Finkenhausen 22.
Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Joas. Bernhardt, Lübeck,
Hüst. 25.
August Büttner, Uhrmacher
Hüst. 32.
Ernst Gentzen, Kl. Burgstr. 13/15.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Becker-
grube 5.
Georg Reese, Hüst. 22/24.
Bruno Schmidt, Hüst. 77.
Heinr. Schaltz, Johannis-
str. 20.
W. Westfening, Untertrave 111/112.
Ad. Kühner, Finkenhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Neumann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüst. 43.
Weine, Spirituosen

FP Ahrens
F. R. G. Lübeck, Hüst. 3. T. 1953.
J. Höpner, Beckergrube 66.
Friedr. Otto, Fischergrube
Prima Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahfoth
Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Krauz, Schlutup, Westoerstr. 11.

Otto Albers, Kohl-
Spezial-Geschäft für Arbeiter-
Ausstattungen und Garderoben.
Alls. bekannt als gut u. billig!

Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

H. E. Koch Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Schulwarenhaus A. Popp Breite
str. 7.

Billigste Bezugsquelle für
Oten, Herde, Gaskocher, Gradenöfen
Adolf Borgfeldt,
Fennruf 672, Mühlensstr. 36 und 40.

G. Stooss Fischer-
grube 25

A. N. Becker Uhrmacher
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holstenstr. 32

Piano-Magazine
Haußmann, Johannstr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, gebr. Pian. in all. Preisl.
Breitest. 40. Neue u.
gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.
am Kreuzweg,
E. Cordts, Seeret.
Gasthof

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähnenstr. 15.
Pa. Robfleischwaren.
Ob. Trave 12. Tel. 1664.
H. Dieckhoff, Sp.: Robfleischwaren
Loignystraße 8.
Marl. - ff. Best-
steaks u. Gehack-
tes frisch v. Eis.
Dankwagsgr. 34.
Ernst Wulff, Tel. 958. Täglich
frische Scheiben u. Gehacktes.
Fischergr. 149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-Alt. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Piefen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck,
Fackelnb. Allee 48.
Carl Ehler, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxlein Wwe., Moising. Allee 40 a.
H. H. Paulsen, Spezl.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moising. Allee 4 a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Marienstr. 2.
Mühlensstr. 34.
Baurenfeld, Auch Reparatur.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38.
Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Schwart. Allee.
W. Blumenthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geversdest.
Balaurohr 5.
P. Beck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholz, - Record-Stiefel.
Schuhwaren-Haus,
Friedr. Busch, Mühlensstr. 27.
H. Fehlauc, Engelsgrube 81.

Franzen & Co., Holsten-
str. 16.
Zum billigen Schuhladen,
W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Reblen, Schwönekengr. 25.
Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schieb, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.

A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schumacher-Str. 4.
Schleifer u. Siebmacher.
Fackelnb. Allee 10b.
Franz Geuzner, Fennruf 1031.
J. F. E. Grube, Markt.
Unt. Hüst.,
straßen 105.
Martin Jürgens, Sp.: Rastmesser.
Carl Rittscher, Holsten-
str. 34.
Hüst. 45. Sa-
Hüst. 45. Sa-
F. Wichmann, ligger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beutcke, Lübeck, Königstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehn, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lübe.-Str. 52.

Trikot-, Strumpfw.
E. Ehler, Lübeck, Breitest. 15.
H. Hornbogen, König-
Friedr. W. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Finkenhausen 22.
Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Joas. Bernhardt, Lübeck,
Hüst. 25.
August Büttner, Uhrmacher
Hüst. 32.
Ernst Gentzen, Kl. Burgstr. 13/15.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Becker-
grube 5.
Georg Reese, Hüst. 22/24.
Bruno Schmidt, Hüst. 77.
Heinr. Schaltz, Johannis-
str. 20.
W. Westfening, Untertrave 111/112.
Ad. Kühner, Finkenhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Neumann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüst. 43.
Weine, Spirituosen

FP Ahrens
F. R. G. Lübeck, Hüst. 3. T. 1953.
J. Höpner, Beckergrube 66.
Friedr. Otto, Fischergrube
Prima Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahfoth
Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Krauz, Schlutup, Westoerstr. 11.

Otto Albers, Kohl-
Spezial-Geschäft für Arbeiter-
Ausstattungen und Garderoben.
Alls. bekannt als gut u. billig!

Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

H. E. Koch Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Schulwarenhaus A. Popp Breite
str. 7.

Billigste Bezugsquelle für
Oten, Herde, Gaskocher, Gradenöfen
Adolf Borgfeldt,
Fennruf 672, Mühlensstr. 36 und 40.

G. Stooss Fischer-
grube 25

A. N. Becker Uhrmacher
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holstenstr. 32

Piano-Magazine
Haußmann, Johannstr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, gebr. Pian. in all. Preisl.
Breitest. 40. Neue u.
gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.
am Kreuzweg,
E. Cordts, Seeret.
Gasthof

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähnenstr. 15.
Pa. Robfleischwaren.
Ob. Trave 12. Tel. 1664.
H. Dieckhoff, Sp.: Robfleischwaren
Loignystraße 8.
Marl. - ff. Best-
steaks u. Gehack-
tes frisch v. Eis.
Dankwagsgr. 34.
Ernst Wulff, Tel. 958. Täglich
frische Scheiben u. Gehacktes.
Fischergr. 149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-Alt. 15.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Piefen, Schwartau.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck,
Fackelnb. Allee 48.
Carl Ehler, Schwart. Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxlein Wwe., Moising. Allee 40 a.
H. H. Paulsen, Spezl.: Briefmarken.
Otto Wessel, Moising. Allee 4 a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Marienstr. 2.
Mühlensstr. 34.
Baurenfeld, Auch Reparatur.
E. Baer, Marlesgrube 4 und 38.
Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Schwart. Allee.
W. Blumenthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geversdest.
Balaurohr 5.
P. Beck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholz, - Record-Stiefel.
Schuhwaren-Haus,
Friedr. Busch, Mühlensstr. 27.
H. Fehlauc, Engelsgrube 81.

Franzen & Co., Holsten-
str. 16.
Zum billigen Schuhladen,
W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
Raetz & Kremin, Georgstr. 40.
Chr. Reblen, Schwönekengr. 25.
Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schieb, Schlum.-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.

A. Brede, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beier, Schumacher-Str. 4.
Schleifer u. Siebmacher.
Fackelnb. Allee 10b.
Franz Geuzner, Fennruf 1031.
J. F. E. Grube, Markt.
Unt. Hüst.,
straßen 105.
Martin Jürgens, Sp.: Rastmesser.
Carl Rittscher, Holsten-
str. 34.
Hüst. 45. Sa-
Hüst. 45. Sa-
F. Wichmann, ligger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beutcke, Lübeck, Königstr.
48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehn, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lübe.-Str. 52.

Trikot-, Strumpfw.
E. Ehler, Lübeck, Breitest. 15.
H. Hornbogen, König-
Friedr. W. Koch, Holstenstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Finkenhausen 22.
Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Joas. Bernhardt, Lübeck,
Hüst. 25.
August Büttner, Uhrmacher
Hüst. 32.
Ernst Gentzen, Kl. Burgstr. 13/15.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Carl Lüneburg, Becker-
grube 5.
Georg Reese, Hüst. 22/24.
Bruno Schmidt, Hüst. 77.
Heinr. Schaltz, Johannis-
str. 20.
W. Westfening, Untertrave 111/112.
Ad. Kühner, Finkenhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langestr. 52.
H. Neumann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Hüst. 43.
Weine, Spirituosen

FP Ahrens
F. R. G. Lübeck, Hüst. 3. T. 1953.
J. Höpner, Beckergrube 66.
Friedr. Otto, Fischergrube
Prima Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahfoth
Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Krauz, Schlutup, Westoerstr. 11.

Otto Albers, Kohl-
Spezial-Geschäft für Arbeiter-
Ausstattungen und Garderoben.
Alls. bekannt als gut u. billig!

Beste und billigste Bezugsquelle für alle Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Garderoben, Schuhwaren, Wirtschafts-Artikel usw.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

H. E. Koch Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
Matratzen. Musterb. grat. Lief. frei.

Schulwarenhaus A. Popp Breite
str. 7.

Billigste Bezugsquelle für
Oten, Herde, Gaskocher, Gradenöfen
Adolf Borgfeldt,
Fennruf 672, Mühlensstr. 36 und 40.

G. Stooss Fischer-
grube 25

A. N. Becker Uhrmacher
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holstenstr. 32

Piano-Magazine
Haußmann, Johannstr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
F. W. Kaibel, gebr. Pian. in all. Preisl.
Breitest. 40. Neue u.
gebr. Pian. in all. Preisl.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 33.
am Kreuzweg,
E. Cordts, Seeret.
Gasthof

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähnenstr. 15.
Pa. Robfleischwaren.
Ob. Trave 12. Tel. 1664.
H. Dieckhoff, Sp.: Robfleischwaren
Loignystraße 8.
Marl. - ff. Best-
steaks u. Gehack-
tes frisch v. Eis.
Dankwagsgr. 34.
Ernst Wulff, Tel. 958. Täglich
frische Scheiben u. Gehacktes.
Fischergr. 14